Literatur zum Thema = Comptes rendus thématiques

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **25 (2018)**

Heft 3: **Macht und Repräsentativität von Schweizer Parlamenten nach 1848 = Pouvoir et représentativité des parlements en Suisse après 1848**

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Literatur zum Thema
Comptes rendus thématiques

Adrian Vatter (Hg.)
Das Parlament in der Schweiz
Macht und Ohnmacht der Volksvertretung
NZZ Libro, Zürich 2018, 450 S., Fr. 39.–

Der Sammelband mit verschiedenen Beiträgen zum schweizerischen Parlamentarismus stellt ein erfreuliches Zeugnis der im Moment rege betriebenen politologischen Parlamentsforschung dar. Die dreizehn Beiträge widmen sich verschiedenen Aspekten von Parlamenten sowohl auf Bundes- wie auch auf kantonaler Ebene. In mehreren Beiträgen kommt auch die historische Perspektive nicht zu kurz, indem Entwicklungen über längere Zeitspannen aufgezeigt werden. Insgesamt zeichnen die Beiträge das Bild eines äusserst lebendigen Parlamentarismus in der Schweiz, wobei es der Bundesversammlung nach wie vor etwas besser gelingt als den Kantonsparlamenten, sich in den Entscheidungsprozess einzubringen.

Wer sich einen Überblick über den schweizerischen Parlamentarismus und dessen Erforschung verschaffen will, liest mit grossem Gewinn das Einleitungskapitel von Adrian Vatter. Vor dem Hintergrund der Frage nach der Macht und Ohnmacht von Parlamenten zeigt Vatter die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Schweizerischen Bundesversammlung auf. Gestartet als gegenüber der Exekutive mächtiges Parlament im 19. Jahrhundert verlor die Bundesversammlung im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer mehr an Boden, um dann gegen Ende des Jahrhunderts wieder an Einfluss zu gewinnen. Ein wichtiger Grund dafür ist das in den 1990er-Jahren eingeführte System der ständigen Sachbereichskommissionen. Auch die internationale Forschung zeigt, dass Parlamente dann stark sind, wenn sie über ein ausdifferenziertes System von mit genügend formalen Rechten und Ressourcen ausgestatteten Ausschüssen verfügen. Bei den Ressourcen aber liegt das Problem: Vatter zeigt eindrücklich die grosse Diskrepanz zwischen verfassungsrechtlicher Stellung und formalen Mitwirkungsrechten der Bundesversammlung – hier nimmt die Schweiz in internationalen Vergleichen einen Spitzenplatz ein – und ihren Ressourcen – hier bildet die Schweiz in der Regel das Schlusslicht entsprechender Ranglisten. Die politologische Forschung fragt denn auch zu Recht nach den faktischen Einflussmöglichkeiten von Parlamenten. Dazu äussert Vatter sich allerdings etwas widersprüchlich, wenn er einerseits schreibt, dass die Bundesversammlung «bei der gesetzgeberischen Überprüfung von Regierungsvorlagen trotz geringer Ressourcenausstattung ein aktives Arbeitsparlament» darstellt, «dessen Gesetzgebungseinfluss sich auf der Höhe der ebenfalls recht aktiven skandinavischen Parlamente bewegt und deutlich höher liegt als in traditionellen parlamentarischen Systemen, gleichzeitig aber auch offensichtlich niedriger als im US-Kongress». (60) Andererseits vermag Vatter die Bundesversammlung bezüglich ihrer Gesetzgebungsfunktion doch nur im Mittelfeld einzuordnen. Aufgrund der Entwicklungen in den letzten 25 Jahren ist eher der ersten Aussage zuzustimmen.

Zu den einzelnen Beiträgen: Jonas Brüschweiler und Adrian Vatter zeigen die zunehmende Initiativfreudigkeit der Bundesversammlung anhand der Entwick-

lung des Gebrauchs der parlamentarischen Vorstösse auf. Daniel Schwarz und Jan Fivaz deuten die Zunahme des Scheiterns von Bundesratsvorlagen im Parlament als Konsequenz der allgemeinen Tendenz zur aktiveren Einflussnahme der Bundesversammlung auf die Gesetzgebung. Marc Bühlmann sieht im aktiveren Gebrauch der Volksrechte in den letzten Jahren keine Krise oder gar Schwäche des Parlamentes, sondern ein Funktionieren der Interaktion zwischen Parlament und Bevölkerung. Anna Storz und Sean Müller stellen fest, dass die seltene Nutzung des Instruments der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) nicht als Schwäche der parlamentarischen Oberaufsicht gedeutet werden kann, sondern dass vielmehr die Stärkung der ordentlichen Instrumente der Oberaufsicht die Bestellung von PUKs überflüssig macht. Mit dieser Analyse stimmen sie übrigens mit den Befunden überein, welche Fabien Thétaz in seinem Beitrag in dieser Nummer der traverse gewinnt. Rahel Freiburghaus hat aufgrund der Analyse der Einigungskonferenzen eine deutlich höhere Konfliktivität zwischen National- und Ständerat festgestellt, welche mit der parteipolitisch unterschiedlichen Zusammensetzung der beiden Kammern zu erklären ist. Allerdings hinterliessen die beiden Räte doch gesamthaft gesehen selten einen gesetzgeberischen Scherbenhaufen, indem die Einigungsanträge schliesslich angenommen wurden. Den Unterschieden zwischen den beiden Kammern des Bundesparlaments widmet sich auch Sereina Dick, wobei sie den Ständerat als die im Gesetzgebungsprozess stärkere, aber bundesratsfreundlichere Kammer ausmacht. Fritz Sager und Lyn Pleger warnen vor einer Dramatisierung des Einflusses der Lobbyistinnen und Lobbyisten, fordern aber vermehrte Transparenz in diesem Bereich.

Mit dem Beitrag von Rolf Wirz begeben wir uns auf die kantonale Ebene. Er vergleicht die Einflussnahme der kantonalen Parlamente auf die Wahlen, Gesetzgebung und Kontrolle. Dabei stellt er einerseits beträchtliche Unterschiede zwischen den kantonalen Parlamenten fest, andererseits aber auch Unterschiede zwischen den kantonalen Parlamenten und der Bundesversammlung. Dabei beruht die stärkere Stellung Letzterer insbesondere auch auf der starken Wahlfunktion, wonach die Regierung durch das Parlament gewählt wird, wie auch auf den doch erheblich grösseren Ressourcen, welche Mitgliedern des Bundesparlaments im Verhältnis zu Mitgliedern von Kantonsparlamenten zur Verfügung stehen. Zu diesem Befund kommen auch Pirmin Bundi, Daniela Eberli und Sarah Bütikofer, indem sie festhalten, dass auf kantonaler Ebene nicht von einer stetigen Zunahme der Professionalisierung die Rede sein kann, was zu einer Exekutivdominanz in den Kantonen führe. Im Beitrag von Alexander Arens wird aufgezeigt, dass sich die Stärke kantonaler Parlamente auch darin zeigt, wie ausgebaut ihre Mitwirkungsrechte beim Abschluss interkantonaler Vereinbarungen sind. Antoinette Feh Widmer und Adrian Vatter gehen der Frage nach, welche Faktoren die Mitgliederfluktuation in kantonalen Parlamenten beeinflussen. Eine nicht unbedeutende Rolle scheint dabei die in etlichen Kantonen vorgenommene Verkleinerung der Parlamente zu spielen: Offenbar ist es gerade in einem Milizparlament nicht die beste Idee, die Arbeitslast auf immer weniger Schultern zu verteilen. Während der Einfluss der Kantone auf das Bundesparlament schon öfters Thema wissenschaftlicher Untersuchungen war, ist der Einfluss der Gemeinden auf Kantonsparlamente weit weniger erforscht: Tobias Arnold stellt in seinem Beitrag fest, dass Gemeinden insbesondere dadurch Einfluss auf den kantonalen Entscheidungsprozess nehmen, indem sie lokale Amtsträgerinnen und Amtsträger in die Kantonsparlamente schicken. Dadurch entsteht ein interessanter Bezug zum

Beitrag von Karin Manz und Lucien Criblez in dieser Ausgabe der traverse, in welchem diese aufzeigen, dass die Kantone früher ihren Einfluss auf die Bundesversammlung primär durch die dort zahlreich vertretenen kantonalen Regierungsmitglieder geltend machten. Heute aber geschieht diese Einflussnahme eher durch die Mitsprache kantonaler Regierungskonferenzen.

Schliesslich wagen Martina Flick Witzig und Julian Bernauer den Blick über die Grenze und versuchen das Verhältnis zwischen Bundesversammlung und Bundesrat im internationalen Vergleich einzuordnen. Sie zitieren dabei verschiedene «Parlamentsrankings», gemäss welchen der Bundesversammlung aufgrund ihrer ausgebauten Rechte im internationalen Vergleich eine sehr starke Stellung zukommt, welche aber empfindlich durch ihre äusserst bescheidenen Ressourcen geschwächt wird. Die Autorin und der Autor versuchen einen eigenen Ansatz zur Messung des Verhältnisses von Exekutive und Legislative zu entwickeln, welcher aber aufgrund der sehr schwierigen Vergleichbarkeit von klassisch parlamentarischen Systemen und Systemen mit ausgeprägter Gewaltenteilung wie die USA und die Schweiz an seine Grenzen stösst. So ist kaum nachzuvollziehen, warum der US-Kongress nur über eine geringe institutionelle Macht verfügen soll: Kaum ein anderes Parlament vermag die Gesetzgebungstätigkeit so intensiv zu prägen wie der US-Kongress, dessen äusserst starke «committees» mit ihren zahlreichen «sub-committees» richtige Gesetzgebungszentren darstellen. In klassisch parlamentarischen Systemen hingegen können die Ausschüsse und erst recht die Parlamentsplena an den Gesetzesentwürfen der Regierung häufig nur noch redaktionelle Änderungen vornehmen, nachdem diese vorher von den Regierungsfraktionen bereinigt worden waren.

Ruth Lüthi (Bern)

Martin Graf, Cornelia Theler, Moritz von Wyss (Hg.)
Parlamentsrecht und Parlamentspraxis der Schweizerischen Bundesversammlung

Helbing Lichtenhahn, Basel 2014, 1215 S., vergriffen.

Gesetzeskommentare geraten für gewöhnlich nicht ins Blickfeld von Historikerinnen und Historikern. Im Fall des 2014 erschienenen Kommentars zum Parlamentsgesetz des Bundes lohnt es sich aber, das geschichtswissenschaftliche Potenzial dieses juristischen Publikationstyps zu entdecken. Das über tausendseitige Werk erläutert alle Artikel des Gesetzes, das seit 2003 die Arbeit von Nationalrat und Ständerat regelt. Besprochen werden nicht nur das aktuelle Recht und seine Anwendung, sondern auch die Entstehungsgeschichte der einzelnen Bestimmungen. Diese historischen Einordnungen beziehen die Vorläufer des Parlamentsgesetzes mit ein: das Geschäftsverkehrsgesetz und die Geschäftsreglemente der beiden gesetzgebenden Kammern, die bis in die Anfangsjahre des Bundesstaates zurückreichen. Herausgeber des Kommentars sind Martin Graf, Cornelia Theler und Moritz von Wyss, die als Mitarbeitende der Parlamentsdienste die Ausarbeitung des Erlasses begleitet haben. Auch die meisten der übrigen 28 Autorinnen und Autoren sind oder waren für die Stabstelle der Bundesverwaltung tätig.

Der Einbezug einer diachronen Perspektive ist für einen Gesetzeskommentar nicht ungewöhnlich, eine konsequente Historisierung, wie sie das Herausgebertrio vornimmt, dagegen schon. Der Kommentar zum Parlamentsgesetz kombiniert den juristischen Zugang mit einer historischen Betrachtungsweise und zusätzlich mit einem politologischen Ansatz, Letzteres vor allem in Form einer instruktiven Einleitung zur Bundesversammlung (Ruth

Lüthi). Im Aufbau folgen die 171 Beiträge der Reihenfolge der Gesetzesartikel. Am einfachsten ist der Zugriff via Schlagwortregister, das beispielsweise unter «Oberaufsicht» 18 verschiedene Artikel des Parlamentsgesetzes aufführt und zudem auf verwandte Aspekte wie Informationsrechte verweist.

Jeder Artikelkommentar beginnt mit einem entstehungsgeschichtlichen Abschnitt, gefolgt von Auslegung und Anwendung in der Praxis. In einigen Fällen nimmt der historische Rückblick am meisten Raum ein. Länger als zehn Seiten sind die Teile zur Geschichte der Regelung allerdings nie. So sind sie denn auch nicht mit dem Anspruch geschrieben, eine umfassende Analyse zu liefern. Vielmehr geben sie einen informativen Überblick. Besonders wertvoll sind die für jeden Artikelkommentar erstellten Quellen- und Literaturverzeichnisse. Hier liegt der grösste Gewinn des Buches für Historikerinnen und Historiker. Der überwiegende Teil der aufgeführten gedruckten Quellen – hauptsächlich Berichte, Protokolle und Erlasse – wurde vom Bundesarchiv digitalisiert und ist online auf der Plattform «Amtsdruckschriften» zugänglich. Darunter sind auch die Debatten des National- und Ständerates, die seit 1891 teilweise, seit 1971 vollständig veröffentlicht werden. Alle Verhandlungsprotokolle, ob publiziert oder nicht, können im Bundesarchiv konsultiert werden. Dort liegen ebenfalls die Sitzungsprotokolle der Ratsbüros und der Kommissionen.

Neben sorgfältig erstellten Bibliografien bieten die einzelnen Beiträge aufschlussreiche Einblicke in sich wandelnde Normen und Realitäten der Bundesversammlung, beispielsweise was die Öffentlichkeit des Parlaments (Artikel 4 und 5) oder die Offenlegung von Interessenbindungen durch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier betrifft (Artikel 11). Äusserst spannend zu lesen sind auch die Ausführungen zum zögerlichen Bedeutungsanstieg der Fraktionen (Artikel 61) oder zur Rolle vorberatender Kommissionen, wobei der Übergang von ad hoc berufenen zu ständigen Kommissionen eng mit der Diskussion über Vor- und Nachteile einer fachlichen Spezialisierung der Ratsmitglieder verbunden war (Artikel 42). Besonders gut gelingt es den Autorinnen und Autoren, den Einfluss der Mirage-Affäre 1964 oder der Fichen-Affäre 1989 auf parlamentsrechtliche Neuerungen aufzuzeigen (zum Beispiel Artikel 153).

Als Schwerpunkt der entstehungsgeschichtlichen Abschnitte tritt das Verhältnis von Legislative und Exekutive hervor, das auf Bundesebene eine wechselvolle Entwicklung durchlebt hat. Für Analysen zum Machtverhältnis zwischen Regierung und Parlament in verschiedenen Zeitabschnitten ist die Publikation also ein nützliches Werkzeug. Das Buch enthält auch einige spannende Thesen, etwa, dass der Ausbau der Volksrechte mit der Ausgestaltung der Bundesversammlung zusammenhing: Angesichts wechselnder Mehrheiten hätten alle Akteure ein Interesse an direktdemokratischen Instrumenten gehabt. (8) Es würde sich lohnen, diese These systematisch zu prüfen.

Vom Gesetzeskommentar profitieren in erster Linie Historikerinnen und Historiker, die sich für den institutionellen Wandel des schweizerischen Parlaments interessieren. Aber auch Vertreter eines erweiterten Politikbegriffs, der die Verschränkungen mit gesellschaftlichen Teilsystemen fokussiert, können die Publikation als Fundgrube nutzen, zumal die institutionalisierte Politik eine zentrale Dimension jeder politischen Geschichte bleibt. Dasselbe gilt für kulturgeschichtliche Untersuchungen, bei denen das Verständnis der parlamentarischen Funktionen eine Voraussetzung bildet, um symbolische Praktiken entschlüsseln zu können. Somit hat der Kommentar zum Parlamentsgesetz

für alle politikgeschichtlich Interessierten ein hohes Informations- und Inspirationspotenzial. Historikerinnen und Historiker sollten sich dieses Buch merken.

Franziska Hupfer (Bern)

Fabienne Amlinger
Im Vorzimmer der Macht?
Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP, 1971–1995

Chronos, Zürich 2017, 416 S., 10 s/w Abb., Fr. 58.–

Im Jahr 1971 gestand die männliche Stimmbevölkerung den Frauen in der Schweiz das Stimm- und Wahlrecht zu: Die Schweiz führte das Frauenstimmrecht als eines der letzten Länder weltweit ein. Die Frauen- und Geschlechterforschung hat gezeigt, wie Feministinnen seit Jahrzehnten auf dieses Ziel hingearbeitet hatten und in welcher Weise Frauen auch ohne Stimmrecht durchwegs politisch tätig waren (siehe hierzu insbesondere die Arbeiten von Beatrix Mesmer). Wie aber gestaltete sich deren politische Arbeit im engeren Sinn nach der Richtungsentscheidung von 1971? Und wie reagierte das lange männlich dominierte Feld der offiziellen Politik auf die neuen Akteurinnen und die Verdoppelung der Wählerschaft? Die Dissertation von Fabienne Amlinger widmet sich der politischen Zeitenwende von 1971. Sie untersucht die politische Partizipation und Integration von Frauen anhand der Frauenorganisationen der drei Bundesparteien SPS, FDP und CVP zwischen 1971 und 1995.

Die Schrift gliedert sich in drei Hauptteile, in denen jeweils eine der drei Frauenorganisationen vorgestellt wird. Die drei Teile sind analog aufgebaut: Dargestellt werden erstens Aufbau und Struktur der Frauenorganisation, zweitens deren Stellung innerhalb der Partei und Konflikte mit der Mutterpartei, drittens ihre inhaltlichen Schwerpunkte und viertens, wie sie über Geschlecht sprachen und wie Geschlecht ihr Handeln strukturierte. Den Abschluss des Buches bildet ein Synthesekapitel, das einen konzisen Überblick über die drei Fallstudien gibt und Vergleiche zieht. Als Quellenmaterial dienen der Autorin schriftliche Quellen, wobei die Parteiarchive der FDP und der CVP nur restriktiv konsultiert werden konnten, sowie Zeitzeuginneninterviews mit ehemaligen Parteiexponentinnen. Die Interviews seien aufschlussreich gewesen, hält Amlinger fest, lieferten sie doch «überraschende, in den schriftlichen Quellen nicht vorhandene oder diesen gar entgegenlaufende Auskünfte» (37) – insbesondere deutliche Kritik an männlichen Parteikollegen.

Das Buch nimmt sich die aus historischer Warte noch ungenügend bearbeiteten Jahrzehnte der Einführung der Gleichstellungsinstitutionen vor (Frauenstimmrecht 1971, Gleichstellungsartikel 1981, neues Eherecht 1988, Gleichstellungsgesetz 1996). Dass der Fokus hierbei auf dem Agieren von Frauen in der institutionellen Politik liegt, ist vor dem Hintergrund der Institutionalisierung des Feminismus in diesen Jahrzehnten konsequent und erhellend. Zur aktivistischen feministischen Szene nach 1968 ist 2014 ausserdem ein Buch erschienen (Kristina Schulz, Leena Schmitter, Sarah Kiani, *Frauenbewegung. Die Schweiz seit 1968*, Baden 2014). Theoretisch rahmt Amlinger ihre Untersuchung in kritischer Auseinandersetzung mit Bourdieus Theorie des politischen Feldes. Politik funktioniert demnach gemäss bestimmten Regeln, die beherrschen muss, wer mitmachen will. Weil die Spielregeln, mit denen sich Frauen 1971 konfrontiert sahen, «notabene nicht von ihnen begründet, sondern unter ihrem Ausschluss verhandelt» (25) worden waren, bedeutete ihr parteiparteipolitisches Agieren immer auch eine Auseinandersetzung um das politische Feld an sich.

Den Auftakt der Studie macht, der Chronologie ihrer Gründung folgend, die Frauenorganisation der sozialdemokratischen Frauenorganisation, deren Vorläuferin bereits 1917 ins Leben gerufen worden war. Die in der SP verbreitete marxistische Idee des Nebenwiderspruchs, die Annahme also, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern eine Folge des Klassengegensatzes sei, wurde in den 1970er-Jahren von einer eigenständigen feministischen, machtanalytischen Perspektive abgelöst. Angetrieben von der Neuen Frauenbewegung, festigte sich das feministische Gedankengut in den folgenden Jahren weiter. Nicht zuletzt infolge des Konkurrenzdrucks durch Grüne und linke Kleinparteien schrieb sich die SP in den 1990er-Jahren das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter aktiv auf die Fahne. Der zweite Teil handelt von den freisinnigen Frauen, die 1949 die Schweizer Vereinigung der freisinnigen Frauengruppen (SVFF) gründeten. Die FDP-Frauen wurden nie zu einer Pressure-Group wie die Sozialdemokratinnen, aber auch sie veränderten Kultur und Agenda Setting ihrer Partei. Mitte der 1990er-Jahre verlangten sie zum Beispiel eine Mutterschaftsversicherung für alle Mütter, ob erwerbstätig oder nicht – eine Forderung, die sich allerdings nicht durchsetzen konnte. Die CVP schliesslich besass bis 1971 keine eigene Frauenorganisation, in einigen Kantonen war den Frauen die Parteimitgliedschaft bis dahin sogar explizit untersagt. Der Aufbau frauenspezifischer Organisationen musste also ganz von vorne beginnen, und erst 1984 entstand mit der Arbeitsgemeinschaft der CVP-Frauen eine solche Einrichtung von Dauer. Amlinger konstatiert bei den CVP-Frauen einen Fokus auf Fragen der Familienpolitik und bringt deren Verständnis der politischen Arbeit von Frauen mit dem Kürzel «gleichwertig, aber andersartig» (338) auf den Nenner.

In vergleichender Perspektive zeigt die Autorin auf, dass sich die drei Frauenorganisationen zeitlich versetzt in analogen Etappen entwickelten. Sie alle erhielten bald nach ihrer Gründung Anrecht auf Vertretung in Parteigremien wie der Geschäftsleitung, setzten sodann parteiinterne Quoten oder immerhin Empfehlungen für das Geschlechterverhältnis in Gremien und bei Wahllisten durch und professionalisierten ihre Arbeit zum Beispiel durch Bildungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit. In einem letzten Schritt entstanden in allen drei Parteien weitere frauen- und gleichstellungsspezifische Stellen wie zum Beispiel Gleichstellungskommissionen, welche die Arbeit der Frauenorganisation ergänzten oder gar konkurrenzierten. Die Autorin bilanziert ausserdem einen «bemerkenswerten Konsens» (360) der Frauenorganisationen in Frauen- und Gleichstellungsfragen: Zwar bestanden Meinungsverschiedenheiten bei der Mutterschaftsversicherung und dem Thema Schwangerschaftsabbruch. Was hingegen die Einführung des Gleichstellungsartikels, die Revision der AHV und des Eherechts betraf, vertraten die Frauenorganisationen ähnliche Positionen. Insgesamt, so Amlinger, erweiterten die Frauenorganisationen durch diese koordinierte Politik das Themenspektrum der Schweizer Politik im Untersuchungszeitraum.

Waren Frauen ab 1971 im Feld der offiziellen Politik zugelassen, so waren Aufbau und Pflege eigener Frauenorganisationen eigentlich «paradox». Einerseits beförderten solche gesonderten Organisationen nachweislich, dass sich Frauen in die Parteipolitik einbringen konnten, andererseits machten sie deren Anliegen zu einer partikularen – nicht einer ‹allgemeinen› – Sache. Spannend werden die Ausführungen dort, wo die Akteurinnen eben diese «paradoxe Integration» (363) verhandelten und sich Differenzen unter den Frauen über Sinn und Zweck gesonderter

Frauenorganisationen auftaten: etwa als in den 1990er-Jahren bei den FDP-Frauen die Frage aufkam, ob in Anbetracht von Sitzgewinnen im Bundesparlament die Existenz einer Frauenorganisation noch berechtigt sei.

Ein Forschungsstand zu den Frauenorganisationen der Schweizer Parteien sei «quasi inexistent» (41), hält die Autorin fest, woraus sich auch im internationalen Vergleich eine ausgeprägte Forschungslücke ergebe. Amlinger leistet insofern Grundlagenforschung für den schweizerischen Kontext. Einziger Wermutstropfen bleibt dabei die mitunter schiefe Achse, entlang der die drei Frauenorganisationen zueinander ins Verhältnis gesetzt werden. Von vornherein scheint die SP nicht nur die älteste und grösste, sondern auch die ‹fortschrittlichste› Frauenorganisation gehabt zu haben, gegenüber der die zwei anderen immer schon als defizitär erscheinen. Eine solche Perspektive benennt die Vorgehensweisen der bürgerlichen Frauen als «alternative» Politikstrategien (224) – alternativ zur Politik der Männer und alternativ zur Politik der Sozialdemokratinnen. Ein stärker symmetrisch angelegter Vergleich hätte möglicherweise eine weitergehende Interpretation der Politik der CVP- und FDP-Frauen erlaubt. Über den feministischen Impetus der von Amlinger beschriebenen Vernetzung unter Frauen über die Parteigrenzen hinweg möchte man zum Beispiel gerne mehr erfahren. Insgesamt bleibt jedoch festzuhalten, dass ein kenntnisreiches und sorgfältig recherchiertes Buch vorliegt, das einen wichtigen Beitrag zur – im engen wie im weiten Sinn – politischen Geschichte der Schweiz im späten 20. Jahrhundert leistet.

Céline Angehrn (Basel)

Lucien Criblez, Christina Rothen, Thomas Ruoss
Staatlichkeit in der Schweiz
Regieren und verwalten vor der neoliberalen Wende
Zürich: Chronos, 2016, 424 S., Fr. 48.–

Entre Confédération, Cantons, société civile et économie, la Suisse se caractérise par une «forme étatique» *(Staatlichkeit)* particulière que l'on pourrait qualifier de mixte. Par son fédéralisme traduisant une répartition verticale du pouvoir entre différentes collectivités territoriales, par le principe de subsidiarité (art. 5a et 43a Cst) ancrant les tâches au niveau le plus proche possible du citoyen et par la pratique néocorporatiste se traduisant par une implication forte des acteurs de la société civile dans le processus de décision politique, la tradition politique suisse est empreinte de formes hybrides concernant la réalisation des politiques publiques. En fonction des domaines et des développements spécifiques, l'Etat fédéral ou cantonal a une place plus ou moins importante; une répartition des obligations, voire dans certains cas une délégation de tâches hors de l'Etat, est en effet un moyen pour l'Etat fédéral d'accomplir des missions, même si ses finances ou d'autres conditions ne le lui permettent pas forcément. C'est ainsi que l'on a pu assister en Suisse à une forme de néolibéralisme modéré avant l'heure.

L'ouvrage *Staatlichkeit in der Schweiz. Regieren und Verwalten vor der neoliberalen Wende*, édité par Lucien Criblez, Christina Rothen et Thomas Ruoss, étudie précisément la question de la transformation de la manière de gouverner en Suisse durant la seconde partie du 20e siècle. En lien avec des nouveaux défis sociétaux et dans un contexte financier difficile pour la Confédération, les contributions de l'ouvrage étudient ces changements dans des domaines tels que les politiques de formation, de la jeunesse, de la migration ou de

la santé. Certains domaines fonctionnent dans ce cadre grâce à des subventions à des institutions privées pour la réalisation de tâches publiques, par l'introduction partielles de logiques de marché dans des domaines désormais «semi-étatiques» (HES et UNI) et de même que l'expertise d'organisation de la société civile dans les politiques publiques. Il s'agit d'autant de manières innovantes de gouverner quand les ressources de l'Etat central sont limitées, qui permettent d'intégrer la société civile dans la réalisation des politiques publiques, d'améliorer leur acceptation et de parfois contourner le cadre de l'administration classique.

Certaines contributions s'inscrivent particulièrement bien dans cette ligne. Parmi celles-ci, celle de Matthias Ruoss, «Vermarktlichung des Gemeinnützigen? Neuordnungen des public-private mix in der Altersvorsorge Ende des 20. Jahrhunderts» sur l'histoire de la prévoyance vieillesse marquée par une «Politik der Hintertüren» paraît être un exemple intéressant. Dotée d'un Etat fédéral faible qui ne possédait pas la légitimité constitutionnelle pour devenir plus actif dans ce domaine au début du 20e siècle, la Suisse est contrainte à la subsidiarité dans le domaine de la prévoyance vieillesse. A côté des formes étatiques (1er et 2e piliers) et de la prévoyance individuelle (3e pilier), l'organisation privée d'utilité publique Pro Senectute constitue un quatrième pilier. D'abord seule organisation à bénéficier de ce statut, les conditions sont modifiées en 1979 lors de la neuvième révision de l'AVS et d'autres organisations peuvent désormais accéder à des subventions dans le domaine de la prévoyance. Cela représente ainsi une forme de libéralisation *(Verbetriebswirtschaftlichung)*. Partant d'un modèle hybride de forme étatique étant déjà un «public-private mix», les effets du néo-libéralisme se voient dans la mise en concurrence des organisations de ce quatrième pilier et sur le durcissement des conditions de financement de l'organisation. On peut ainsi parler dans ce domaine d'une «coproduction de l'Etat social entre les institutions publics et des acteurs de la société civile» *(typische «Koproduktion» sozialer Wohlfahrt durch öffentliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure)*.

La contribution de Lucien Criblez «Bundesstaatliche Förderung und föderalistische Verantwortung. Zur Neuregelung der Stipendienpolitik in den 1960er- und 1970er-Jahren» concernant la politique des bourses d'études montre les enjeux d'une politique de formation en expansion dans un contexte particulier qui est celui du fédéralisme; la formation étant du domaine de compétence des cantons. Dans un contexte d'augmentation massive du nombre d'étudiants et donc à l'augmentation conséquente des montants dévolus aux bourses d'études par les Cantons, les questions concernant la gouvernance de ces politiques publiques se font plus importantes. Les différences des montants des bourses selon les Cantons, l'inégalité entre Cantons universitaires et non universitaire et les effets de «spill-over», ainsi que l'augmentation des coûts de formation sont autant d'éléments contextuels dans lequel a eu lieu l'augmentation de la participation de la Confédération afin d'inciter les Cantons à plus d'harmonisation.

Le chapitre de Christina Rothen «Zwischen Innovation und Administration. Genese der wissenschaftlich orientierten Bildungsplanung in Zürich, Bern und Neuenburg, 1960–1990» sur l'intégration de cellules de recherche pédagogique au sein de différentes administrations publiques cantonales est également un autre exemple de la forme particulière qu'ont pu prendre certaines administrations. Dans un contexte où les organes administratifs chargés de l'enseignement passent de simples secrétariats à un statut plus

conséquent avec une augmentation nette du personnel, émergent d'une part la nécessité d'une planification de la formation et ainsi d'autre part les besoins d'analyse et de recherche sur la formation. De ce besoin a découlé la création de cellules de recherche pédagogiques *(pädagogischen Forschungs- und Planungsstellen)* intégrées dans les administrations cantonales de Zurich, Berne et Neuchâtel. Ces cellules entre recherche et administrations ont permis une orientation plus scientifique des politiques publiques en matière de formation, et également une orientation appliquée de cette recherche scientifique. L'auteure estime certes que la portée concrète de ces recherches est à relativiser, mais elles représentent néanmoins des tentatives innovantes dans la formulation des politiques publiques et dans l'optique de concrétiser des politiques publiques basées sur des faits *(evidence based)*.

On remarque ainsi l'influence de la tradition néocorporatiste suisse dans la définition de ces différentes politiques publiques. Si dans plusieurs États, la vague néolibérale a amené une privatisation et une libéralisation des activités étatiques, on constate qu'en Suisse, cette vision existait déjà depuis de nombreuses années sous une forme modérée. Partant de ce fait, cela pourrait expliquer que les effets de la vague néolibérale aient été moins forts qu'ailleurs. La Suisse a en effet su trouver des solutions parfois originales, voire novatrices, par rapport au fonctionnement administratif traditionnel pour contourner les contraintes politiques, administratifs ou financières existantes. Cette logique, dans ses avantages comme dans ses inconvénients, a d'ailleurs toujours des conséquences sur la manière actuelle d'envisager l'action publique en Suisse.

Malgré la perspective historique de l'ouvrage, on peut regretter dans une optique de science politique que l'ouvrage ne fasse pas plus de lien avec la situation actuelle et l'influence que ces changements passés ont pu avoir sur le fonctionnement politico-administratif dans les domaines évoqués. Une mise en perspective pour envisager également de futurs développements aurait également été bénéfique.

La dernière question soulevée par l'ouvrage est ainsi très intéressante et montre à quel point une perspective historique est importante pour comprendre les enjeux actuels du système politique suisse: dans quelle mesure ces changements de paradigme durant les années 1960 et 1970 ont-ils pu être un déclencheur ou un signe avant-coureur pour le désenchantement de la démocratie suisse. (415) Dans l'ouvrage, les auteurs livrent des pistes intéressantes pour répondre à cette question.

Pierre-Alain Jaquet (Lausanne)

Leonhard Neidhart
Das frühe Bundesparlament, der erfolgreiche Weg zur modernen Schweiz,

NZZ Libro, Zürich 2010, 412 S., E-Book, Fr. 43.50

Leonhard Neidhart
Politik und Parlament der Schweiz, ein Rückblick in das 20. Jahrhundert,

NZZ Libro, Zürich 2013, 780 S., Fr. 58.–

«Als einziger Staat Europas errichtete die Schweiz in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein nationales Parlament, das keiner absolutistischen Obrigkeit seine Reverenz erweisen musste, sondern ganz unabhängig war und rein demokratisch gewählt wurde.» Dieser erste Satz der Einführung im ersten der zwei Bände von Leonhard Neidhart (7) leitet weiter zur Feststellung, dass «jene Revolution im Gegensatz zur direkten Demokratie» nur schwach «ins kollektive Gedächtnis» der Schweiz eingegangen ist. Leonhard Neidhart, emeritierter Professor für Politikwissenschaft

der Universität Konstanz, beklagt zu Recht, dass «kaum gründliche Studien über die Arbeitsweise und die politische Rolle der jungen Bundesversammlung» vorliegen. Sein in zwei umfangreichen Bänden präsentiertes Werk «will eine lange polithistorische Zeitreise anbieten und in geraffter Darstellung dokumentieren, welche wirtschaftlich-gesellschaftlichen Probleme, Bedürfnisse, Interessen und Wertvorstellungen [...] an den Staat und den Bund herangetragen worden sind; wie, wann, für wen und mit welchen Gesetzen oder Problemlösungen das Parlament darauf reagiert hat oder nicht; wer sie bezahlte, und welche Rolle die Volksvertretung dabei spielte». (Bd. 2, 9)

Die Bilanz des Unterfangens sei vorweggenommen: Neidhart bietet zwar tatsächlich eine spannende und gut geschriebene «Zeitreise» und damit auch eine wahre Fundgrube von historischem Material. Aber er bietet keine wissenschaftliche Analyse, weder nach geschichtswissenschaftlichen, noch nach politologischen Kriterien. Obwohl es doch einige wenige geschichtswissenschaftliche und etwas mehr politologische Literatur gäbe, bleibt diese im ganzen Werk unerwähnt – mit einziger Ausnahme der doch sehr feuilletonistischen Darstellung des langjährigen NZZ-Bundeshausredaktors Urs Marti (*Zwei Kammern – ein Parlament, mit sämtlichen Namen der Nationalräte und der Ständeräte von 1848 bis 1990*, Frauenfeld 1990). Wenn sich der Autor als «Politologe, nicht Historiker» deklariert und daraus folgert, es gehe ihm weniger um die Entwicklung der Bundesversammlung, «wie sie war», sondern um das Verständnis der «Weichenstellung für die späteren und gegenwärtigen Verhältnisse» (Bd. 1, 10), so offenbart er nicht nur wenig Verständnis für geschichtswissenschaftliche Fragestellungen. Er erfüllt auch die hier formulierte Erwartung an sein Werk nicht, indem er eben gerade nicht mit einer gewissen Systematik herausarbeitet, wie die heutigen Funktionen der Bundesversammlung (zum Beispiel die Repräsentationsfunktionen des Gesamtorgans und seiner einzelnen Mitglieder, ihr Verhältnis zum Bundesrat, ihr Zusammenspiel mit den Volksrechten, ihre Rolle in verschiedenen Politikbereichen usw.) sich seit 1848 zu ihrer aktuellen Form entwickelt haben.

Störend sind Ungenauigkeiten wie zum Beispiel die Aussage, der Nationalrat von 1848 habe 114 Mitglieder gehabt (Bd. 1, 8) – es waren 111. Oder wenn er ausführt: «Wie man weiss, werden alle Gesetzesprojekte zuerst vom Bundesrat und dann von Kommissionen des Parlaments vorberaten» (Bd. 2, 10) – wird ein Gesetzesentwurf auf dem Wege der parlamentarischen Initiative erarbeitet, kommt der Bundesrat erst später zum Zuge. Zum Thema der Wahlen des Bundesrats sagt Neidhart, es habe «eigentlich nie» eine Abwahl gegeben (60) – 1854 und 1872 wurde jeweils ein wieder kandidierendes Mitglied des Bundesrats nicht wiedergewählt.

In einem ersten Teil des ersten Bandes wird unter dem Titel «Merkmale des Parlamentarismus schweizerischer Art» aus politologischer Sicht ein analytisches Konzept präsentiert, das wertvolle Grundlagen für das Verständnis der Funktionen des schweizerischen Parlaments im Rahmen des gesamten politischen Systems vermittelt. Neidhart nimmt allerdings keinerlei Bezug zur umfangreichen internationalen Parlamentarismusforschung oder zur schweizerischen Forschung zum politischen System. Es fehlt auch weitgehend der Bezug zur historischen Entwicklung, aber die Lektüre kann und soll die Leserin oder den Leser dazu animieren, diese Zusammenhänge mit mehr Systematik anzugehen.

Der zweite Teil des ersten Bandes «präsentiert eine umfangreiche Auswahl von parlamentarischen Originalmaterialien aus den Jahrzehnten ab der Gründung

des Schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914» (11); der zweite Band folgt mit einer ebenfalls chronologischen Präsentation solcher Materialien für die Zeit bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. «Originalmaterialien» sind bis 1891 ausschliesslich Auszüge aus der Parlamentsberichterstattung der «Neuen Zürcher Zeitung». Seit 1891 erscheint das «Stenographische Bulletin der Bundesversammlung», das vom Autor zuerst als Quelle ergänzend (in den ersten Jahrzehnten wurden hier nur Auszüge der Parlamentsdebatten wiedergegeben), später ausschliesslich benützt wird. Auf einen wissenschaftlichen Apparat (genaue Quellenangaben, weiterführende Hinweise usw.) wird vollständig verzichtet.

Obwohl es sich um eine nur wenig kommentierte und kaum analysierte Zusammenstellung von Materialien handelt, ist dieser dokumentarische Teil für Historikerinnen und Historiker, die sich mit dieser Zeitperiode der Schweizer Geschichte befassen, eine wahre Fundgrube von erheblichem Interesse. Es ist kaum ein Thema denkbar, zu welchem man hier nicht fündig werden kann. Wer ein Thema sucht, dem hilft im ersten Band allerdings nur ein Inhaltsverzeichnis mit wenig aussagekräftigen Überschriften; im zweiten Band kommen ein detaillierteres Inhaltsverzeichnis sowie ein Sachregister dazu.

Das Werk weist daraufhin, welche Massen von interessanten Materialien der Geschichte des Bundesstaats heute noch der historischen Aufarbeitung harren – Materialien, die heute dank ihrer elektronischen Erfassung durch das Bundesarchiv im Internet ohne Weiteres zugänglich sind (www.amtsdruckschriften.bar.ch): neben dem von Neidhart als Quelle benutzten Stenographischen Bulletin der Bundesversammlung (1891–1963, seither Amtliches Bulletin der Bundesversammlung) auch die ungedruckten Protokolle der Räte seit 1921, das Bundesblatt seit 1848 und vieles andere mehr.

Auch wenn die beiden Bände von Neidhart streng wissenschaftlichen Ansprüchen nicht zu genügen vermögen – wahrscheinlich wollen sie das gar nicht –, so bieten sie eine interessante, häufig übrigens auch amüsante Lektüre; vor allem aber können sie «hungrig machen auf mehr», insbesondere auf weiterführende Forschungen der Entwicklung des politischen Systems der Schweiz im Allgemeinen und der Rolle der Bundesversammlung im Besonderen.

Martin Graf (Bern)

XML
Parliament

Amsterdam 2016, 448 S., Englisch, ideabooks.nl, EUR 25.–

Es ist ein Buch, das zum Blättern einlädt. Etwas zwischen Bilderbuch und Atlas. Es lädt ein und fordert zugleich heraus. Herausgeber («Amsterdam-based office XML») und Verlag werfen Rätselfragen auf. Egal, welche Seite man aufschlägt, deutlich wird auf den ersten Blick: Der Band bildet auf jeweils einer Doppelseite Parlamente ab, insgesamt von 193 Nationen. Die Herausgeber haben zum Ziel, Parlamente zu visualisieren und damit vergleichbar zu machen. Auf der rechten Seite mittels kleiner Kästchen und Linien, die die Sitzordnung und die Grösse sowie die Form des Parlamentssaals schematisch darstellen, auf der linken Seite mittels einfacher Angaben etwa zum Land und zum geographischen Standort des Parlaments (bei Zweikammersystemen jeweils nur die «Erste Kammer», das heisst die eigentliche Volksvertretung), zu dessen Namen, zur Anzahl Sitze oder zu dessen Typologie. Der Reiz des Buchs liegt in der prägnanten Visualisierung, es ist

Bilderbuch und Atlas zugleich, mit dem Unterschied zu herkömmlichen Atlanten, dass es sich nicht offen liegen lassen und studieren lässt, da es im Format klein und aufgrund der hohen Anzahl abgebildeter Parlamente etwas dick geraten ist. Die Aufmachung, die systematische Darstellung und Darlegung der Information sind erfrischend simpel und wecken dadurch die Neugierde und regen zum Entdecken an. In der aufwändig gestalteten digitalen Version (unter http://parliamentbook.com) erhält man ebenfalls einen Einblick ins Buch, es ist jedoch nicht im Gesamtumfang abrufbar.

Das Buch bietet zweierlei Lektüren an: Man kann von Land zu Land springen und beispielsweise über die schiere Grösse des nordkoreanischen Parlaments schmunzeln und das Erstaunen mit Kollegen teilen und kommentieren, man kann aber auch einen «wissenschaftlichen» Zugang wählen und die Fülle an systematischer Information genauer betrachten. Zum Beispiel England (zu finden unter «United Kingdom»): Das House of Commons befindet sich in London, wurde von den Architekten Charles Bary, Augustus Pugin und Gilles Gilbert Scott 1950 gebaut, ist Teil einer «Parliamentary Constitutional Monarchy», im Democracy-Index werden 8,31 Punkte erreicht (womit England wenig erstaunlich als «Full Democracy» gilt), das System ist bikameral, eine Amtszeit dauert fünf Jahre, das Unterhaus umfasst insgesamt 650 Plätze, was einem Sitz pro 99 247 Einwohnern entspricht, das System zählt elf Parteien, Typologie: «Opposing Benches». Den Historikern bietet das Werk Grundlagen zu allen «Unterhäusern» auf einen Blick. Da und dort treten Unsauberkeiten auf oder finden sich Angaben, die einer Kontextualisierung bedürfen, so auch beim eben geschilderten Beispiel England: Aus der schematischen Darstellung geht etwa nicht hervor, dass den 650 Abgeordneten nur 427 Plätze zur Verfügung stehen, was Rückschlüsse über das Funktionieren des Parlaments und seiner Redekultur erlauben würde. Ebenso wenig vermag die Angabe, dass elf Parteien existieren, das ausgeprägte Zweiparteiensystem Englands zu widerspiegeln.

Trotz gewisser Unschärfen im Detail, kann das Buch dank der schlichten und systematisierten Aufmachung als inspirierender Ausgangspunkt für vergleichende Studien genutzt werden. Die Verbreitung der englischen Sitzordnung in den ehemaligen Kolonien des Commonwealth werden ebenso anschaulich und mit konkreten Zahlen belegt wie etwa die Grenzen der Repräsentativität in Staaten wie Nauru (19 Abgeordnete, 1 Sitz pro 530 Einwohner) oder Indien (545 Abgeordnete, 1 Sitz pro 2 341 774 Einwohner). Kriterien lassen sich zudem beliebig zusammenfassen, so etwa die Anzahl repräsentierter Menschen in Parlamenten im Zusammenhang mit dem politischen System, die Sitzordnung mit der Grösse oder Letztere mit der geographischen Lage. Welche Funktionen die Parlamente in den politischen Systemen der jeweiligen Staaten tatsächlich wahrnehmen, darüber schweigen sich die Autoren konsequenterweise aus und werden dadurch der zündenden Idee des Nachschlagewerks zum Stöbern und Entdecken gerecht.

Andreas Behr (Bern)

Allgemeine Buchbesprechungen
Comptes rendus généraux

Siglinde Clementi
Körper, Selbst und Melancholie
Die Selbstzeugnisse des Landadeligen Osvaldo Ercole Trapp (1634–1710)
Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2017, 272 p., EUR 40.–

La recherche sur les ego-documents, ou documents du for privé, a connu un remarquable essor ces dernières années. La Suisse a joué et continue de jouer un rôle significatif dans ce domaine, grâce notamment au rôle pionnier de Kaspar von Greyerz et de son équipe à Bâle et plus récemment de l'équipe autour de Danièle Tosato-Rigo à l'Université de Lausanne. Leurs efforts ont notamment abouti à la constitution d'une précieuse base de données, qui recense les documents du for privé conservés dans les archives des différentes parties de la Suisse (https://wp.unil.ch/egodocuments): une vraie mine d'or pour des recherches en cours, ainsi que pour des études futures.

Dans les autres pays, les historien·ne·s ne sont pas demeuré·e·s en reste. Parmi les contributions récentes les plus intéressantes il faut mentionner le livre de Siglinde Clementi, de l'Université de Bolzano, axé sur des documents personnels fort originaux écrits par un noble déchu, Osvaldo Ercole Trapp, qui a vécu au Tyrol méridional (aujourd'hui Italie) entre le 17e et le début du 18e siècle.

Il s'agit de trois petits textes manuscrits rédigés par le protagoniste-même, probablement entre 1686 et 1706. Le document le plus intriguant et original est un texte autobiographique intitulé «*Memoria della educatione Vitta dell illmo Sig. B. Osbaldo*» *(sic)*, dans lequel l'auteur décrit son corps, ses membres et ses organes en partant de la tête et ainsi jusqu'aux pieds, en leur attribuant des qualités et des caractères spécifiques (1686). Il est accompagné par un autre bref récit autobiographique en italien, sans date, ainsi que par une chronique de la Maison Trapp de Caldonazzo, datée de 1706.

La recherche de Clementi interprète ces documents en les éclairant de plusieurs points de vue: d'abord, elle entreprend une critique formelle des textes, en mettant en exergue et en commentant les différents éléments qui les composent. Dans la deuxième partie, elle considère les documents du point de vue de l'histoire de la «Maison» Trapp, de ses différentes lignées et familles: une contextualisation extrêmement importante et précieuse, qui souligne le poids du concept – longtemps négligé – de «maison» ou «maisonnée» (*Haus*, *casa*) dans ses différentes acceptions.

Dans la troisième partie, l'auteure propose plusieurs perspectives de lecture des textes d'Osvaldo Ercole Trapp. En évoquant le modèle de masculinité d'un noble célibataire, elle interprète les théories scientifiques ou populaires reflétées par ses textes quant à la conception, la naissance et l'éducation, les images du corps. A cet effet, elle mobilise les sources qui ont pu influencer les vues et les idées du gentilhomme tyrolien.

Le livre présente un intérêt certain du point de vue de l'histoire de la famille et de la parenté, ainsi que de celui de l'histoire de la «Maison». En effet, les dynamiques à l'intérieur de la maisonnée ne se limitent pas aux problèmes d'alliance et de filiation biologique: il s'agit d'un ensemble plus complexe, qui englobe un

groupe parental large, avec son personnel, ses seigneuries, son patrimoine, ses droits et ses charges. Un groupe qui exerce un contrôle important sur les existences individuelles. La force de la discipline collective ne signifie naturellement pas que les individus, leurs désirs et leurs aspirations personnelles s'effaçaient totalement derrière les exigences de la maison. La tension entre individu et parenté générait plutôt des conflits qui tendaient à suivre un schéma récurrent et typique.

Originaire de la Styrie, la famille Trapp s'établit dans le Tyrol au 15e siècle. En tant que seigneurs de Churburg, Beseno et Caldonazzo, ils avaient acquis un rôle politique et militaire important aux frontières méridionales du comté du Tyrol, dans une région qui restait l'objet de conflits latents avec l'archidiocèse de Trente. La continuité de la maison noble rencontrait donc les intérêts de l'Etat, qui pouvait s'appuyer sur elle pour défendre les frontières, administrer la région et repousser les tentatives de prise d'influence des Etats voisins, surtout de Venise.

Nous ne nous attarderons pas sur les détails passionnants de l'histoire de ce groupe, relatés par Clementi. Il importera surtout de souligner la stratégie vouée au maintien de l'unité de la maison. D'un côté, plusieurs mariages entre parent·e·s renforcèrent au 16e siècle les solidarités entre les différentes lignées du groupe, les Trapp de Churburg et les Trapp de Beseno-Caldonazzo. Cette stratégie fut renforcée par le maintien de l'unité du patrimoine: les partages héréditaires entre les frères furent longtemps évités, tandis que les lois locales avaient déjà largement exclu les femmes de la succession. Les frères et les cousins vivaient donc d'un patrimoine indivis et, du point de vue officiel, les fiefs étaient confiés aux représentants les plus âgés des deux lignées. (73)

Cela n'empêcha pas les parents de signer un accord *(«Auszeigung»)* en 1558 afin de se partager les sphères d'influence à l'intérieur du vaste domaine indivis. Dans les faits, ce document se révéla par la suite être à l'origine de très graves conflits, puisque les héritiers de la lignée de Beseno-Caldonazzo perçurent les clauses comme injustes et tentèrent à plusieurs reprises de les contester. (79–80) Malgré ces fortes tensions, l'unité formelle de la maison fut conservée pendant toute l'époque moderne et assura à ses membres des carrières remarquables dans l'aristocratie locale.

Le destin d'Osvaldo Trapp, père du protagoniste du livre, fut pourtant marqué par ce contexte conflictuel: endetté, en conflit avec ses parents, sans enfants survivants malgré trois mariages, il décida à l'âge de 67 ans de se marier pour la quatrième fois. Il prit pour femme une jeune veuve de 22 ans, Maria Anna Thun. Ce mariage «peut être interprété comme l'extrême tentative d'Osvaldo de mettre au monde un successeur et par ce biais de fonder une propre lignée des Trapp à Caldonazzo», conclut Clementi.

Puisque le frère d'Osvaldo, Ferdinando Trapp avait déjà neuf enfants, c'était un défi qui remettait en question l'unité de la maison et la solidarité des familles Trapp de Beseno et de Caldonazzo. En effet, toute la biographie du fils d'Osvaldo, Osvaldo Ercole Trapp, sera profondément marquée par ces «travagli», par ces problèmes patrimoniaux et familiaux, qui selon son témoignage écrit, consommèrent rapidement son corps, ses facultés mentales et son énergie.

De ce point de vue, Clementi montre de façon lucide à quel point la constitution de la personnalité prémoderne était conditionnée par des interdépendances parentales et domestiques. L'auteure aurait à vrai dire pu aller au-delà de l'aspect descriptif, pour proposer une interprétation plus claire de son concept de personnalité *(«Selbst»)*. Tout en prenant ses distances

par rapport à des narrations simplistes de l'émergence de l'individu au travers des documents du for privé, Clementi s'en tient en effet à des termes assez généraux: «Die frühneuzeitliche Subjektivität unterscheidet sich grundlegend von der unseren: Sie konstituiert sich über das komplexe Zusammenspiel von wandelbarem, leiblichem Substrat, individueller Lebenswelt und Lebenserfahrung sowie frühneuzeitlichen Wissensdiskursen und Repräsentationen, und sie wird von den AkteurInnen grundlegend als ‹verkörpert› wahrgenommen und erlebt.» (21)

L'histoire de la maison démontre que le point essentiel ne se situe pas là: l'individualité se constitue principalement au travers d'interdépendances avec d'autres membres de la maison, voire de la parenté, qui sont de nature et de force différente par rapport à l'époque contemporaine et actuelle.

Un aspect de ces interdépendances reste un peu en suspens dans l'analyse de Clementi: dans son récit autobiographique, Osvaldo Ercole Trapp fait un lien assez surprenant entre le caractère de sa mère, ses peurs, l'éducation reçue de celle-ci et son destin personnel: des considérations qui, pour le lecteur actuel, apparaissent comme très modernes et qui pourraient s'inscrire dans une interprétation psychologique.

Malgré quelques problèmes d'interprétation, qui soulèvent des questions passionnantes, le livre de Clementi reste une étude qui présente un grand intérêt non seulement du point de vue de l'histoire des égo-documents, mais aussi de celui de l'histoire de la famille et de la parenté, de la médecine, du corps ou même dans une perspective d'histoire politique.

Sandro Guzzi-Heeb (Lausanne)

Eva Brugger
Gedruckte Gnade
Die Dynamisierung der Wallfahrt in Bayern (1650–1800)

Didymos-Verlag, Affalterbach 2017, 256 S. mit 6 s/w Abbildungen, EUR 44.–

Das Wallfahrtswesen in Bayern war nach dem Dreissigjährigen Krieg einem starken Wandel unterworfen: Neue Wallfahrtsorte entstanden und bereits etablierte Gnadenstätten erfuhren einen Aufschwung, sodass sich – zusätzlich befördert durch die neue Mobilität und durch obrigkeitliche Restriktionen, die zu einer Zunahme der Nahwallfahrt beitrugen – ein eigentlicher bayerischer Gnadenraum konstituierte. Nicht nur in der Verdichtung des Gnadenraums und in der Intensivierung der Frömmigkeitspraxis sieht Eva Brugger in ihrer Konstanzer Dissertation eine «Dynamisierung der Wallfahrt». Sie verortet diese Dynamisierung auch in den Mirakel- und Gnadenbüchern der bayerischen Wallfahrtsorte, die im Untersuchungszeitraum, der sich von 1650 bis zum Verbot der Wallfahrt 1803 erstreckt, verfasst und gedruckt wurden. Ausgehend von diesen Quellen, die bislang vor allem von der volkskundlichen Forschung genutzt worden sind, geht Brugger in einer medien- und kulturhistorischen Perspektive der Frage nach, wie an Wallfahrtsorten das Göttliche sicht-, fühl- und erfahrbar gemacht wurde. Diese Frage sieht sie eng verknüpft mit jener nach der medialen Vermittlung, also der Narrativierung göttlicher Gnade in den von ihr untersuchten Büchern.
Im Mittelpunkt der Studie steht die Figur der göttlichen Gnade, die sich gemäss den Mirakelbuchautoren an den Wallfahrtsorten in besonderem Masse zeigte. Für die katholische Religiosität ist diese zugleich vielschichtige und nie genau beschreibbare Figur von besonderer Bedeutung, da es ihr gelang, «theologische Positionen, kirchliche Herrschaftspraktiken und den

Vollzug von Frömmigkeit zu einen». (25) Gestalt erhielt diese Figur im gedruckten Buch, in dem die Gnadenstätten und -bilder beschrieben, Wallfahrtszahlen in Listen erfasst und Gnadenerfahrungen sowie Votivgaben verzeichnet wurden. Die Bücher führten also Körper-, Schrift- und Dingmedien zusammen und transformierten so die transzendente göttliche Gnade in eine nahe Gnade.

Im ersten Teil der Studie («Erzählungen göttlicher Gnade») untersucht Brugger, wie die Autoren der Mirakel- und Gnadenbücher vorgingen, um – durchaus in Konkurrenz zu anderen Gnadenstätten – die Singularität eines Wallfahrtsortes zu belegen und diesen zugleich lokal zu verorten, ihn in den bayerischen Gnadenraum sowie in allgemeingültige Erzähl- und Deutungsmuster zu integrieren. Dies gelang beispielsweise über Wasser-Metaphern wie jene des Fliessens und Strömens: Während die göttliche Gnade von der Gnadenstätte aus in die katholische Welt strömte, liess sich mit dem Pilgerstrom zugleich die Zunahme der Wallfahrerinnen und Wallfahrer beschreiben.

In der Narrativierung der Entstehungsgeschichten der einzelnen Wallfahrtsorte spiegelt sich die Tendenz zur «Verwissenschaftlichung» und Bürokratisierung des Wallfahrtswesens wider, die Brugger auch in den Darstellungen der Gnaden- und Wunderberichte erkennt. Die Autoren versuchten, das Alter des jeweiligen Wallfahrtsortes zu belegen, etwa mittels Befragungen der Gemeindeältesten oder historischer Dokumente, die in die Bücher integriert wurden. Die Erzählstrategien waren dabei durchaus vielfältig. Selbst Katastrophen wie der Dreissigjährige Krieg konnten «schöpferisch» gedeutet und genutzt werden, boten sie doch die Möglichkeit, eine Ausweitung in unvordenkliche Zeiten zu behaupten, da durch solche Zäsuren ein Unterbruch der linear geschilderten Wallfahrtsgeschichte plausibel erschien.

Im Untersuchungszeitraum rückten die Gnadenbilder mit ihrer Wirkmächtigkeit und ihrer Materialität nicht nur, wie dies bereits verschiedentlich festgestellt worden ist, in den Mittelpunkt der Wallfahrt, sondern auch ins Zentrum der Mirakel- und Gnadenbücher. Dies zeigt Brugger anhand der unter materiellen und ästhetischen Gesichtspunkten vorgenommenen Gnadenbildbeschreibungen sowie der in die Bücher integrierten Untersuchungsberichte, die bischöfliche oder klösterliche Kommissionen über neu entstandene Wallfahrtsorte schrieben, um sie obrigkeitlich zu beglaubigen.

Trotz des hohen Alters der Wallfahrtsorte und der obrigkeitlichen Bestätigungen: Legitimität und Attraktivität gewannen die Wallfahrtsorte vor allem, weil sie den Gläubigen Hilfe in allen möglichen Notlagen versprachen. Dadurch erhielt die göttliche Gnade auch für die Gläubigen konkrete Gestalt. Diese Wunder und Gnaden respektive deren Aufzeichnungen in Form von Berichten stehen im Mittelpunkt des zweiten Teils der Studie («Aufzeichnungen göttlicher Gnade»), in dem Brugger die Prozesse der Übersetzung der zumeist mündlichen Berichte ins gedruckte Buch rekonstruiert und die Praktiken des Aufschreibens und des Anordnens erörtert. Neben chronologischen Anordnungen nach dem Datum der Aufzeichnung der Wunderberichte finden sich auch alphabetische Anordnungspraktiken, etwa nach den betroffenen Körperteilen, wodurch die Vielfalt göttlicher Gnade abgebildet werden konnte. Letztlich blieben diese Anordnungen, wie auch den Autoren bewusst war, jedoch stets unzulänglich, worin die Mirakelbuchautoren – wiederum positiv deutend – die Unendlichkeit und Jederzeitlichkeit göttlicher Gnade bestätigt sahen. In den einzelnen Berichten wird die Wirkmächtigkeit göttlicher Gnade zusätzlich durch die fast schon standardisierte Erwähnung von Zeugen oder von unzulänglichen

medizinischen Praktiken herausgestellt. Tendenzen zur Formalisierung und Regulierung sieht Brugger schliesslich auch in den Wallfahrtsanleitungen, die vom reglementierten Sprechen über Wunder und Gnaden wie auch von den theologischen Bedingungen der Bilderverehrung berichteten, die Verhaltensweisen der Wallfahrerinnen und Wallfahrer zu regulieren versuchten und Anleitungen für das Lesen des Mirakel- und Gnadenbuchs gaben. Zudem wurden gemäss diesen Anleitungen die Mirakel- und Gnadenbücher nicht nur gelesen, sondern auch mitgeführt und beispielsweise geküsst und damit zunehmend selber performativ in die Wallfahrtspraxis integriert.
Ob dies bereits ausreicht, um die These zu belegen, dass die Wallfahrtspraktiken «in autorisierte und bewährte juristisch-administrative Verfahren der Kirche» eingebunden und damit stabilisiert wurden (S. 229), sei dahingestellt. Zu überprüfen wäre etwa, wie und inwieweit sich ähnliche Tendenzen in Räumen, die ebenso wie der bayerische Raum von zahlreichen Gnadenstätten geprägt waren, in denen jedoch nur selten Wallfahrtsbücher gedruckt wurden, erkennen lassen. Unabhängig davon ist Eva Brugger eine anregende, methodisch sehr ausgereifte und durchweg gut lesbare Studie gelungen, die mit ihrem Ansatz neue Perspektiven in der Wallfahrts- und Frömmigkeitsforschung aufzeigt.

Daniel Sidler, Bern

Martina Baleva (Hg.)
Von Basel nach Bursa und zurück
Die Geschichte eines Fotoalbums von Sébah & Joaillier

Böhlau, Wien 2017, 130 s/w und farb. Abb., 242 S., EUR 30,–

Die in Basel lehrende und forschende Bildhistorikerin Martina Baleva, Assistenzprofessorin für kulturelle Topografien Osteuropas, hat gemeinsam mit einer studentischen Arbeitsgruppe ein an der Universitätsbibliothek Basel entdecktes Fotoalbum ediert und in seinen verschiedenen Aspekten interdisziplinär untersuchen lassen. Entstanden ist ein schöner Band, der in dreierlei Hinsicht besondere Beachtung verdient:

Er bietet zunächst ein spannendes Beispiel für Objekt- und Bildgeschichte. Zweitens kontextualisieren die Textbeiträge das Fotoalbum zu einem Stück Verflechtungsgeschichte. Und schliesslich demonstriert das vorliegende Buch den für Forschung und Ausbildung entstehenden Gewinn einer angeleiteten studentischen Forschungskooperation.

Bei dem vollständig reproduzierten Prachtalbum mit seinen knapp hundert Aufnahmen handelt es sich offensichtlich um eines von über neunhundert Prachtalben, in denen der fotobegeisterte vorletzte osmanische Sultan, Abdülhamid II. (regierend 1876–1909) sein Reich dokumentieren liess. Bursa, südlich von Istanbul gelegen und seit der Antike bekannte Metropole, war unter osmanischer Herrschaft zugleich Residenz-, Handels- und Kulturhauptstadt. Das renommierte Fotoatelier Sébah & Joaillier führt in seiner «Vues de Brousse» fotografisch von den landwirtschaftlichen Rändern und Zugangsstrassen her an die Stadt heran und veranschaulicht vor allem die frühen osmanischen Bauwerke der Stadt, «ein Freilichtmuseum gebauter Grösse und erhabener Macht» aus dreihundert Jahren osmanischer Herrschaft.

In der Mitte des Albums stechen unvermittelt zwei Aufnahmen hervor: die Aussen- und Innenansicht einer Seidenfadenfabrik, Zeugnis von Bursas Modernisierung. Diese beiden Fotos und die Frage, wie das Album überhaupt nach Basel gelangte, boten Anlass zu einem breiten Spektrum studentischer Recherchen: Einem fotoanalytischen Gang durch das Album folgen Informationen über das

Fotoatelier, das alte Bursa, seine Architektur und seine Seidenproduktion. Besondere Anschaulichkeit gewinnt Bursas Seidenindustrie, alles exportorientierte Spinnereien, im Kapitel über die Frauenarbeit. In den Fabriken waren zunächst hauptsächlich christlich-armenische Frauen und Kinder beschäftigt. Die Frage, weshalb die muslimischen Frauen erst später, aber noch vor den Armenierprogromen der 1890er-Jahre, in den industriellen Produktionsprozess einbezogen wurden, bleibt unbehandelt.

Das Kapitel über Emanuel Falkeisen (1807–1869), Gründer der ersten dampfturbinengetriebenen Seidenhaspelei in Bursa (1844) bildet das Scharnier zwischen Bursa und Basel. Der Basler arbeitete allerdings im Auftrag einer Zürcher Firma und war auch im Weingeschäft und als Konsul für Russland und später Österreich tätig. Die umsichtige Kombination der spärlichen biografischen Fragmente arbeitet heraus, wie komplex sich in diesem Unternehmer die politischen und wirtschaftlichen Interessen der europäischen Grossmächte gegenüber dem Osmanischen Reich überkreuzten. Orchestriert wird das Kapitel durch farbig reproduzierte, zum Teil eben erst entdeckte Aquarelle von Falkeisens Bruder Johann Jakob, dem späteren Kurator der Basler Kunstsammlungen. Sie besitzen eigenen Quellenwert.

Die folgenden Aufsätze gelten der bereits gut erforschten Basler Florettspinnerei. Sie referieren den Produktionsprozess des Seidengarns und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Fabrikarbeiterinnen. Dabei bleibt freilich ein ausdrücklicher Vergleich zwischen der Frauenarbeit in Bursa und Basel aus. Die Ausführungen münden in die Rekonstruktion der Beziehungen zwischen Bursa und der multinational vernetzten Industriegesellschaft für Schappe in Basel, zu deren Direktion zeitweilig Auguste und Otto Veillon gehörten, und zeichnen schliesslich den Handelsweg nach, auf dem auch das besprochene Album in den Besitz der Familie Veillon und schliesslich als deren Geschenk in die Universitätsbibliothek gelangt sein dürfte.

Verflechtungsgeschichtlich interessant ist das Buch in verschiedener Hinsicht: Die Alben des Sultans boten ein Gegenbild zu den orientalisierenden Souveniralben europäischer Touristen. Sie repräsentierten die Errungenschaften des Osmanischen Reichs und dienten als herrschaftliche Geschenke. Das Basler Album dürfte als eine persönliche Begleitgabe des Sultans nach Basel gekommen sein und symbolisiert damit ein vielfältiges Netz von Austauschbeziehungen im Bereich zweier moderner Kulturtechniken: Fotografie und Seidenproduktion. Auffallend dabei, wie die Innenaufnahme der Spinnerei mit ihren Arbeiterinnen einen geradezu schäbig-ausbeuterischen Kontrast zur stolzen Kulturgebärde der übrigen architektonischen Aufnahmen bildet: Tradition und Moderne, Kehrseite des Fortschritts oder Gruss an die Basler Geschäftspartner? Die Aufnahme kursierte um 1900 auch als Postkarte, als Bursas «Markenzeichen», und bot den direkten Anlass für die thematischen Zugriffe des vorliegenden Buchs. In manchmal noch allgemein bleibenden Bezügen verweisen die Recherchen auf die politisch-wirtschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen der Hohen Pforte und den europäischen Gläubigern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Als Entstehungszeit des Albums kann das Jahr 1888 nachgewiesen werden: Bursas traditionelle handwerkliche Seidenstoffproduktion war der europäischen Konkurrenz erlegen, die Industrialisierung konzentrierte sich auf den Export von Rohseide und Seidengarn, beispielsweise für die Basler Schappeindustrie. Die europäisch orientierten Reformen des Sultanats, etwa die Einführung der Handels- und Gewerbefreiheit, hatten in die Verschuldung geführt und die aus den Fabriken gepressten Steuern flossen der europäisch geleiteten Staatsschuldenverwaltung zu. Den Preis hatten die Arbeiterinnen mit

wiederholten Lohnsenkungen bei steigender Arbeitszeit zu bezahlen. Protestaktionen bis hin zu einem Generalstreik blieben erfolglos. «Erst dadurch konnte das Reich mit der internationalen Textilindustrie in Wettbewerb treten.» (72) So werden lokale Beziehungen zwischen Bursa und Basel zum Brennspiegel wirtschaftspolitischer Verflechtung zwischen Europa und dem «kranken Mann am Bosporus».

Noch allerdings ist der Forschungsstand zu diesen Wechselbeziehungen sehr lückenhaft. Firmenarchive sind verloren oder nicht vorhanden, Archivstudien und Recherchen aufwendig. Manche Feststellung musste deshalb spekulativ bleiben.

Aber insgesamt beeindruckt das Resultat: Es ist entstanden aus einem konzeptuell überlegten studentischen Forschungsseminar, insgesamt gelungener Ausdruck von Zusammenarbeit und Arbeitsteilung. Die im historischen «Objekt» sich kristallisierenden thematischen Bezüge werden möglichst weit ausgelotet etwa durch Transkription und Übersetzung der hamidischen Bildtitel, mittels internationaler Literaturrecherchen, Durchforstung von Quellenkonvoluten und Konsultation in- und ausländischer Experten. Der Band erscheint wohl gegliedert, gut redigiert und von der Herausgeberin souverän eingeleitet. Ein Beispiel erfolgreichen Projektlernens. Dem Buch entsprang zusätzlich Ende 2017 eine Ausstellung an der Universitätsbibliothek Basel.

Robert Labhardt (Basel)

Thomas Buomberger
Die Schweiz im Kalten Krieg 1945–1990

Baden: Hier und Jetzt, 2017, 419 p., fr. 44.–

Les médias alémaniques ont salué la richesse de la documentation rassemblée par Thomas Buomberger en seulement deux ans de travail. Après les comptes rendus positifs, des voix critiques n'ont pas tardé à se faire entendre au sein de l'académie. Elles lui ont reproché de manquer de distance par rapport aux sources, de ne pas suffisamment reconnaître ses dettes intellectuelles, de relayer en notes de fin les références aux travaux d'historiens et surtout d'historiennes de la relève scientifique, et enfin de brouiller les cartes sur la paternité d'analyses et de concepts dont il n'est pas l'auteur (Silvia Berger Ziauddin et al., «Geschichte ohne Forschung? Anmerkungen zum Verhältnis von akademischer und populärer Geschichtsschreibung», *SZG/RSH/RSS* 67 (2017), n° 2, 230–237. Voir aussi le compte rendu de Manuel Kaiser publié sur H-Soz-Kult et infoclio.ch le 9. 1. 2018). Ces critiques ne sont pas injustifiées et, sans ruiner les mérites de l'entreprise, d'autres peuvent y être ajoutées.

L'introduction érige la Défense nationale spirituelle (DNS) en matrice d'explication unique de l'anticommunisme outrancier et de la «mentalité de bunker» qui caractérisent la Suisse de la guerre froide. Après avoir servi à contrer le national-socialisme pendant les années 1930 et la guerre, la DNS aurait retourné les fusils pour mettre en joue le communisme et ses associés réels ou supposés. Martelée à quatre reprises (16, 30, 41 et 85), cette idée d'un «virage à 180 degrés» ne relève-t-elle pas de la caricature? Et qu'explique-t-elle au juste? Le courant dominant de la DNS des années 1930 vise au moins autant, si ce n'est davantage, la gauche et l'extrême gauche que les zélateurs du nazisme et du fascisme.

L'anticommunisme bourgeois n'est pas soudainement devenu un puissant instrument de mise au pas de la société (16). Marc Vuilleumier et Hans Ulrich Jost ont montré qu'il fait recette depuis le milieu du 19e siècle. Qu'il y ait eu des phases d'accalmie n'est pas discutable, mais à l'époque où se met en place la

Défense spirituelle, l'anticommunisme atteint des sommets. Il pousse le Parti socialiste à abandonner les principes de lutte des classes et d'opposition aux crédits militaires en 1935, et à tourner le dos aux communistes lors des interdictions de 1937, 1938 et 1940. Buomberger reconnaît ces évidences plus loin dans le livre (26; 47–48), sans que cela l'amène à nuancer son postulat. Au fond, ce dernier n'aurait pas moins de valeur si on le retournait pour affirmer que la DNS d'après-guerre n'aurait pas pu exister sans cet anticommunisme atavique. Le véritable virage sémantique réside dans le nouveau paradigme antitotalitaire d'après-guerre, qui permet d'assimiler communisme et nazisme.

À partir de sa thèse fragile, l'auteur propose de brosser en douze chapitres thématiques un panorama des circonstances géopolitiques, des thèmes et des cibles de propagande, des organisations et des acteurs qui ont corseté la société d'après-guerre. Il décrit tout d'abord une Suisse toujours «emprisonnée dans le Réduit», c'est-à-dire en pensant dans les mêmes catégories qu'en 1939–1945. Au tournant des années 1950, elle s'engage dans la «guerre imaginaire» (Mary Kaldor) avec de vrais exercices qui incluent la possibilité d'une guerre nucléaire. La peur générée par des menaces extérieures est instrumentalisée pour venir à bout de conflits intérieurs. L'attachement viscéral à la sacro-sainte neutralité et les sommes colossales investies dans l'armée alimentent l'illusion que la Suisse pourrait faire face à une guerre de défense. Si les autorités restent sourdes aux avis de ceux qui conseillent l'adhésion ou au moins la coordination avec l'OTAN, elles cèdent aux pressions américaines pour rejoindre la guerre économique contre le bloc de l'Est. Désinhibées, elles ne redoutent même plus les reproches des communistes aux nombreux compromis avec la neutralité, et leur dénient le droit à la critique des institutions.

Le deuxième chapitre expose les paradoxes et les continuités de l'anticommunisme, quasi-idéologie d'Etat dès 1946. Les moyens mis en œuvre pour la surveillance du Parti du travail (quelques milliers d'adhérents) sont inversement proportionnels à son poids politique. Les mesures d'exclusion d'avant la guerre reprennent de plus belle avec un premier pic en 1948, un deuxième au début des années 1950 et un climax en 1956. Emblématique de l'hystérie anticommuniste qui se déchaîne alors est la campagne de persécution conduite par la *Neue Zürcher Zeitung* contre Konrad Farner et sa famille. Le corollaire à cette rage est le formidable mouvement de solidarité à l'égard des réfugiés hongrois.

Le troisième chapitre déploie une «topographie» de l'infiltration du communisme dans les milieux identifiés comme vulnérables. Les travailleurs italiens, l'armée, la jeunesse et la famille sont les objets de la «sollicitude» du Ministère public, d'organisations semi-officielles et d'acteurs privés. En dépit d'effets durables sur le climat politique, cette «variante suisse du maccarthysme» atteint certaines limites au sein de l'opinion dans les années 1960. La polémique autour du pavillon du «hérisson» de l'armée présenté à l'expo 64' témoigne d'une fissuration inexorable de la pensée du «Réduit».

On regrettera au passage le traitement négligeant du concept de «maccarthysme helvétique» (101), à commencer par une erreur factuelle: Joseph McCarthy n'a jamais été à la tête de la House Un-American Activities Committee (HUAC) qui a notamment traumatisé Hollywood. (103) Plus surprenantes encore sont les affirmations selon lesquelles la variante suisse du maccarthysme correspondrait au choc de 1956, et qu'elle aurait été alimentée par le prototype américain. (101) Si le même syndrome a touché les deux pays, il est douteux que l'un ait influencé l'autre. Les premiers symp-

tômes se manifestent en Suisse dès le Coup de Prague. Outre la création d'organisations anticommunistes, il suscite l'élaboration de nouveaux articles contre la subversion de «partis étrangers» introduits en 1950 dans le Code pénal.

Le chapitre sur les «manipulateurs de l'opinion» dresse un faisceau d'organisations dont le point commun est d'être au bénéfice de relations étroites au sein de l'économie, du monde politique et de l'armée: le publiciste Rudolf Farner, le Schweizerischer Aufklärungsdienst (SAD), l'officine d'Ernst Cincera, ainsi que le Schweizerisches Ost-Institut (SOI) fondé en 1959 par Peter Sager. Chacun à sa manière, ils déploient leur influence par des campagnes de dénonciation et par des services de fichage et d'information.

Les chapitres 5 et 6 traitent des velléités atomiques de l'armée et leurs péripéties («flop» du réacteur de Lucens, scandale des Mirages), des mobilisations antinucléaires et de leurs opposants entre 1958 et 1968. Les militants pacifistes, parmi lesquels des théologiens, sont alors accusés de faire le jeu du communisme non seulement par la *Neue Zürcher Zeitung*, mais aussi par des socialistes et des syndicalistes soucieux de prouver leur allégeance à la Défense nationale.

Dans les relations commerciales et culturelles avec le bloc de l'Est abordées dans les chapitres suivants, les partisans du boycott encore dominants dans les années 1950 perdent progressivement du terrain. Sous les poussées conjuguées de l'ambassadeur de Suisse à Moscou, de Pro Helvetia et du conseiller national libéral Olivier Reverdin (par ailleurs directeur du *Journal de Genève*), le Conseil fédéral se décide à réfréner les ardeurs du SAD et à s'engager sur la voie de l'ouverture. Après avoir traité de l'évolution de la protection civile et ses atermoiements de la surveillance étatique, le rideau se baisse sur le mythe du «Sonderfall», irrémédiablement fêlé sous les coups de l'Affaire Kopp, du scandale des fiches et de la polémique sur les fonds juifs en déshérence.

En dépit des limites évoquées et d'une structure pas toujours cohérente, l'ouvrage constitue un outil précieux, foisonnant de citations. S'agissant d'une synthèse sur la Suisse, le traitement du «reste du pays» aurait pu être moins rapide. La toponymie parfois malmenée («Daily» et «Savaton» [*sic*], «St-Croix» [*sic*], 31–32) relève peut-être du détail, mais elle est symptomatique de certains renoncements. Par exemple, à considérer les recherches sur l'histoire de la presse romande, ou encore sur les homologues du SAD (Rencontres suisses, Coscienza svizzera) et de l'Aktion freier Staatsbürger (Centre suisse d'action civique). Si l'auteur relève certains décalages entre régions linguistiques en matière d'anticommunisme, les études qui expliqueraient systématiquement ces différences sont encore à mener.

Stéphanie Roulin (Fribourg)

Konrad Stamm
Minger, Bauer, Bundesrat
Die aussergewöhnliche Karriere des Rudolf Minger aus Mülchi im Limpachtal

Zürich: NZZ Libro, 2017, 428 p., 90 Abb., Fr. 48.–

«Bauer – Bundesrat», paysan et conseiller fédéral, ces deux épithètes figurent en lettres capitales sur la couverture du livre de Konrad Stamm consacré à la vie de Rudolf Minger. Alors que sa vie champêtre ne représente qu'une infime partie de son engagement professionnel, le conseiller fédéral aimait se présenter comme un «simple paysan». La mise en scène de sa ferme cossue à Schüpfen lui servait d'étendard programmatique. Soulignons d'ailleurs que l'essentiel de la carrière de Minger se déroule dans le domaine

politique. Paysannerie et armée, ces deux valeurs cardinales constituent ainsi le cœur du programme politique de Rudolf Minger tout au long de sa vie.

Né 13 novembre 1881 à Mülchi, un petit village bernois situé à une douzaine de kilomètres au sud de Soleure, Rudolf Minger est le seul garçon d'une famille de trois enfants. Fils d'un paysan à la tête d'un vaste domaine familial, également syndic de sa commune pendant un quart de siècle, le jeune Minger suit quant à lui un parcours scolaire sans obstacle, avant de s'initier à la langue française en occupant un poste administratif à La Neuville. Incorporé dans la cavalerie, Rudolf Minger réalise une honorable carrière militaire, obtenant le grade de colonel.

Après le mariage de sa cousine éloignée en 1906 qui hérite d'une ferme à Schüpfen, Rudolf Minger obtient son indépendance matérielle et se lance dans une carrière publique. En 1911, il devient directeur de l'Union des coopératives agricoles du canton de Berne, ce qui lui offre, selon ses propres termes, un «tremplin» pour ses activités politiques.

Fin 1917, Minger opère une entrée fracassante dans l'arène politique. Le 24 novembre, devant un parterre de représentants des coopératives agricoles réunis dans la salle de l'auberge Bierhübeli à Berne, il revendique l'introduction du système proportionnel pour l'élection au Conseil national et la création d'un parti des paysans. Ce discours retentissant bouscule les notables bernois du Parti radical qui constitue encore le fief des intérêts agricoles. Un an plus tard, l'ancêtre de l'Union démocratique du centre (UDC en français depuis 1971, Schweizerische Volkspartei en allemand), le Parti des paysans, artisans et bourgeois (PAB) est fondé le 28 septembre 1918 à Berne.

Grâce au succès rapide du PAB, Minger se fait élire au Conseil national en 1919, puis au Grand Conseil bernois en 1922. Son intérêt se focalise d'emblée au niveau fédéral. À la suite de sa participation active dans plusieurs commissions, son influence politique s'accroît considérablement au Conseil national. De même, son nom circule dans divers cercles influents en parallèle à son engagement dans de multiples manifestations grand public de la droite bourgeoise et de la paysannerie où il prend souvent la parole avec aisance. De la sorte, son élection au Conseil fédéral en décembre 1929 se déroule sans aléa.

Entré au Département militaire, il y reste pendant une dizaine d'années. Les difficultés de l'armée suisse à la fin des années 1920 incitent Konrad Stamm à condamner avec empressement le rôle du conseiller fédéral radical Karl Scheurer, prédécesseur de Minger. Or, si la majorité politique avait négligé l'armée, il faut rappeler que l'antimilitarisme et le pacifisme avaient de nombreux partisans, et pas seulement à gauche… Avec efficacité, le conseiller fédéral Minger se lance dans une vaste campagne publique afin de revendiquer une augmentation substantielle du budget militaire. En 1936, le lancement d'un emprunt militaire (estimé à 235 millions) recueille 335 millions de francs de souscription. L'engagement du conseiller fédéral qui sillonne sans relâche les quatre coins du pays est comblée de succès. Si le texte des allocutions publiques de Rudolf Minger ne varie guère, les petites anecdotes glanées de-ci de-là rencontrent un vif enthousiasme populaire.

Cette quasi joyeuse activité gouvernementale se trouve soudainement chahutée par une intrigante affaire militaro-politique en 1938. Autour d'Ulrich Wille junior, fils du général de la Première Guerre mondiale, un groupuscule de hauts gradés et quelques autres personnalités opposées au chef du Département militaire réclame une réorganisation du commandement de l'armée avec l'introduction d'un poste de «général en temps de paix», ce qui affaiblirait d'autant l'autorité du Conseil fédéral. La plupart

des officiers frondeurs ont des accointances troublantes avec l'Allemagne nazie. Rudolf Minger est affecté par cet imbroglio qui s'ajoute à des problèmes privés dans son entourage familial. Des spéculations sur son éventuelle démission nourrissent quelques rumeurs qui laissent penser que les adversaires du conseiller fédéral excèdent en nombre le cercle de ses amis.

Malgré ces quelques remous, Rudolf Minger reste en poste jusqu'à la fin de 1940, année d'une grave crise au sein du Gouvernement helvétique. La démission du chef du Département militaire en septembre intrigue autant les contemporains, que les historiens. Konrad Stamm propose plusieurs pistes d'explications, mais aucun argument avancé ne fournit de conclusion pertinente. À la suite de son retrait du gouvernement, Minger reprend sa place de lobbyiste en faveur de la paysannerie. Président de la Ökonomischen und Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern (1942–1948), l'ex-conseiller fédéral entame une troisième phase d'activité politique en faveur d'une formation professionnelle efficace des paysans. Il accepte avec plaisir moult invitations pour des commémorations et autres cérémonies publiques, notamment lors de la campagne en faveur des articles économiques et pour l'AVS en 1946–1947, ou encore pour la loi agricole de 1951. Au cours de ces années, il participe à des dizaines de conférences partout dans le pays. Lors de ces rassemblements populaires, Rudolf Minger fait preuve de toute son habileté politique. En 1946, la Faculté vétérinaire de l'Université de Berne lui octroie un doctorat *honoris causa*. Trois semaines avant sa mort, il assiste, à 74 ans, au spectacle de la Fête des vignerons de Vevey en août 1955.

En suivant dans les grandes lignes la première biographie réalisée par Hermann Wahlen (*Bundesrat Rudolf Minger, 1881–1955. Bauer und Staatsmann*, Berne, 1965), l'ouvrage *Minger: Bauer, Bundesrat* retrace la vie et la personnalité de Rudolf Minger de manière vivante sur plus de 400 pages. A l'aide du journal de Markus Feldmann et de l'histoire de l'État-major général de Hans Senn, le journaliste et historien Konrad Stamm s'appuie largement sur le dossier Minger déposé aux Archives fédérales, ainsi que sur la presse de l'époque. Toutefois, sans appareil critique détaillé (la bibliographie comporte 16 titres), l'auteur ne signale que très rarement ses références. Il est impossible de savoir si Konrad Stamm a consulté d'autres ouvrages non mentionnés. Cette limitation délibérée des annotations et des indications bibliographiques améliore certes la lecture, mais il est parfois difficile d'identifier clairement les sources ou les documents retenus.

En outre, malgré une présentation dense des faits biographiques, de nombreux aspects du parcours de Rudolf Minger restent dans l'ombre. À mon avis, les réseaux politiques et professionnels jouent un rôle majeur dans le déroulement d'une carrière politique, autant que dans la gestion d'un département fédéral. Quelques relations particulières apparaissent cependant au détour des pages: une grande sympathie se noue entre Minger et son collègue Etter, des contacts étroits sont entretenus avec Markus Feldmann qui est pressenti un moment comme son successeur au Conseil fédéral, des échanges amicaux se déploient avec le fondateur des Fédérations patriotique Eugen Bircher, proche de l'extrême droite. Or, ces différents aspects ne sont pas assez décrits, ni clairement analysés. De plus, Konrad Stamm banalise l'attitude de Minger à l'égard des milieux frontistes. En juin 1933, le conseiller fédéral Heinrich Häberlin relève pourtant que son collègue aurait tenu des propos proches d'un «véritable discours frontiste» (Rolf Soland, *Staatsschutz in schwerer Zeit*, Bern 1992, 184). Notons toutefois, que Rudolf Minger faisait preuve de rete-

nue en comparaison de certains membres du PAB ou des articles publiés dans l'organe de son parti *Neue Berner Zeitung*.

Ces questions restent ouvertes, tant la figure de Minger se révèle ambiguë et contradictoire. Par exemple, malgré une opposition farouche à la gauche politique considérée comme l'ennemi à abattre, Minger n'hésite pas à organiser une entrevue secrète avec les socialistes Bringolf, Oprecht et Spühler, pour évoquer un rapprochement du Parti socialiste à la Défense nationale en 1938. De même, son attitude à l'égard des hauts cadres militaires trahit également des hésitations et quelques faiblesses, effacées cependant par ses succès dans la relance des dépenses militaire pour le réarmement.

Konrad Stamm offre sans aucun doute un riche et dense exposé de la vie de Rudolf Minger. Pourtant, il y a des passages discutables et quelques régressions journalistiques ou fautes historiques dérangeantes. Finalement, il faut signaler que la lecture de la biographie publiée il y a un demi-siècle par Hermann Wahlen reste encore et toujours utile pour bien saisir les multiples facettes de la personnalité complexe du premier conseiller fédéral PAB.

Hans Ulrich Jost (Lausanne)

Juri Auderset, Peter Moser
Ivresse et ordre
Histoire illustrée de la question de la politique suisse en matière d'alcool et de la Régie fédérale des alcools (1887–2015)

Bern: Eidgenössische Alkoholverwaltung, 2016, 247 p., fr. 38.–

Répondant à l'appel d'offres de l'Office fédéral des constructions et de la Régie fédérale des alcools (RFA) à l'occasion des 125 ans de cette dernière, Juri Auderset – docteur de l'Université de Fribourg et alors collaborateur scientifique des Archives de l'histoire rurale (AHR) – et Peter Moser – directeur de celles-ci – sont à l'origine de ce riche ouvrage.

Bénéficiant d'une traduction francophone et italienne, d'une multitude d'annexes (historique, statistiques, liste de personnes, glossaire) dans sa version imprimée ainsi que d'une version numérique enrichie d'extraits supplémentaires d'archives (www.dam.admin.ch/dam/pinaccess/pinaccess.do?pinCode=BLDzmOqYbenp), *Rausch und Ordnung. Eine illustrierte Geschichte der Alkoholfrage, der schweizerischen Alkoholpolitik und der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (1887–2015)* comble un vide dans le champ des études portant sur l'histoire de l'alcool en Suisse. Une approche globale de l'évolution sociale et culturelle de la question de l'alcool en Suisse du 19e au début du 21e siècle à travers le prisme de l'institution de la RFA y est présentée en cinq chapitres principaux, respectivement subdivisés en cinq points découpés chronologiquement.

Le premier chapitre retrace la législation sur l'alcool dans la dernière partie du 19e siècle. Fortement liée à l'industrialisation et à la question sociale, la «peste de l'eau-de-vie» fait alors des ravages dans les milieux populaires. Les premières statistiques modernes sur la consommation d'alcool en Suisse permettent de cartographier la consommation sur le territoire helvétique et légitiment la mise sur pieds d'une législation. L'inégalité variant d'un canton à l'autre en matière d'imposition sur l'alcool (accises) mène au débat houleux, tant au niveau fiscal qu'institutionnel, d'un monopole au sujet de la Confédération sur la vente, l'importation et la fabrication d'eaux-de-vie de pommes de terre et de céréales. En 1887, la RFA est créée pour l'application de ce dernier.

L'intérêt du monde médical pour la question vient se greffer sur les débats existants. Certains scientifiques rejoignent

les rangs des partisans de l'abstinence dont les discours gagnent du terrain dans la société. La controverse se ravive entre ces derniers et le camp des «modérés» dont la RFA fait partie.

Marquée par la volonté de garantir l'approvisionnement du pays dès la Première Guerre mondiale, la thématique de l'alcool va se doubler d'une promotion de la santé incarnée à travers une nouvelle politique alimentaire. Le monopole pour la distillation des pommes de terre et des céréales est étendu à celle des fruits en 1930 et rencontre le support du monde agricole. C'est désormais sous l'angle de la consommation des matières premières que la question de l'alcool est envisagée.

Durant les Trente glorieuses, les nouvelles habitudes de consommation de la population mènent la RFA à produire des campagnes de prévention par le biais de nouveaux médias. L'alcool étant de plus en plus perçu comme un marqueur d'ascension sociale dans les classes aisées, sa consommation devient affaire de santé publique. Les particularités du rôle initial de l'organe de contrôle qu'est la RFA – rassembler santé, fiscalité, agriculture et commerce – sont perçues comme autant d'éléments qu'il faut moderniser selon les partisans du New Public Management (NPM).

Une phase de réorganisation institutionnelle précédera donc un processus de démantèlement dû également aux adaptations requises par le marché européen. Effets majeurs: la réglementation liée aux produits agricoles et l'utilisation des fruits ne rentrent plus dans la promotion de la santé que la RFA a si longtemps préconisée et le monopole de l'éthanol, transformé en une entreprise autonome privatisée intitulée division Commerce des marchandises, devient AlcoSuisse. La tentative de refonte de la première loi sur l'alcool qui se soldera par un échec en 2015 débouchera sur l'intégration de la RFA dans la Division alcool et tabac de l'Administration fédérale des douanes (AFD).

L'ouvrage a le mérite de brosser un vaste panorama des différentes casquettes portées par la RFA en revenant de manière particulièrement claire et minutieuse sur la complexité des détails relatifs tant à la législation suisse en matière d'alcool qu'à sa production et sa réglementation. Le graphisme et la mise en page particulièrement soignés sont frappants: tout au long des pages, de magnifiques planches d'illustration laissent place à des encarts colorés apportant des informations complémentaires. Ce vrai travail sur les aspects visuels est enrichi d'une densité impressionnante d'informations. La mise en exergue de citations, la diversité des sources présentées, les informations à la fois foisonnantes et synthétiques données au début de chaque chapitre rendent la lecture extrêmement agréable.

Consacré au monde scientifique suisse et aux mouvements internationaux (1890–1914), le deuxième chapitre laisse cependant plusieurs questions en suspens. Tout d'abord, un marqueur temporel relatif à l'origine du mot «alcoolisme» comme maladie chronique (Magnus Huss) remplaçant le terme d'ivrognerie aurait été le bienvenu. De plus, s'il est certain que Gustav von Bunge et Auguste Forel bénéficiaient d'une «aura internationale» (51), ils furent toutefois fortement ancrés dans une tradition eugéniste; leurs théories d'«hygiène sociale» auraient mérité d'être décrites plus amplement afin d'exemplifier les liens existant alors entre alcoolisme, dégénérescence et hérédité.

Malgré l'activisme des femmes dans les milieux tempérants internationaux, peu de références leur sont consacrées. A ce titre, nous pourrions regretter l'omission de l'influente World's Woman Temperance Union (WWCTU). De même, une illustration et deux lignes uniquement sont consacrées à la Ligue des Femmes Abstinentes

Suisses (57–58) dont la date de la section romande n'est pas spécifiée (1904). Enfin, dans l'énumération des différentes ligues suisses, celle de la Ligue des Femmes Suisses contre l'Alcoolisme est passée sous silence, bien que nommée elle-même dans un des écrits répertoriés de la bibliographie des auteurs (Rolf Trechsel, *Die Geschichte der Abstinenzbewegung in der Schweiz im 19. und frühen 20. Jahrhundert*. Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Abstinentenorganisationen, Lausanne 1990, 86). Sa mention aurait été particulièrement pertinente au vu de sa création sous l'impulsion d'Auguste Forel, sa longévité (Bibliothèque de Genève, *Ligues de Femmes Suisse contre l'alcoolisme*) et son réseau genevois d'actrices dont certaines participèrent à l'organisation de congrès de la WWCTU en Suisse (Audrey Bonvin, *Du Whisky d'Outre-Atlantique à la fée verte helvétique. Antialcoolisme, féminisme et puritanisme entre Etats-Unis et Suisse romande au tournant du vingtième siècle (1873–1913)*, travail de master Université de Fribourg 2016).

Figure d'exception dans le paysage politique suisse, la prohibition de l'absinthe (76–81) nécessiterait un renvoi à plus de littérature secondaire afin de comprendre le succès de cette initiative – dont les raisons semblent ici relativement abruptes mais qui doivent de fait beaucoup à la couverture médiatique romande du fameux Crime de Commugny ou à la diversité du profil de ses partisans. Enfin, s'il semble important qu'un historien anglo-saxon de la tempérance tel que Joseph Gusfield soit cité plusieurs fois, une place accordée à d'autres spécialistes du domaine à l'image de Jack S. Blocker, David M. Fahey ou Ian T. Tyrell aurait semblé particulièrement légitime, spécialement pour leur récente et commune encyclopédie internationale sur l'alcool et la tempérance, où la Suisse est répertoriée sous plusieurs indices (Jack S. Blocker, David M. Fahey, Ian R. Tyrell, *Alcohol and Temperance in Modern History. An International Encyclopedia*. ABC-CLIO, vol. 1 et 2, Santa Barbara 2003). Dans la littérature francophone, par ailleurs très minorisée ici, les travaux de Didier Nourrisson auraient également pu y figurer (Didier Nourrisson, *Crus et cuite. Histoire du buveur*, Paris 2013).

Conscients de l'ambitieuse portée chronologique choisie, les auteurs reconnaissent d'emblée que cette vaste étude ne peut qu'aborder trop brièvement certains aspects mais qu'il aura déjà atteint son but s'il soulève de nouvelles questions de recherches (16–17); c'est donc, et de loin, un pari réussi. En effet, les auteurs n'auront pas manqué d'éveiller la curiosité des lecteurs sur de nombreux points tout en ravissant leurs yeux de par l'esthétisme du produit fini. Tant sur la forme que sur le fonds, *Ivresse et Ordre* restera donc sans conteste un ouvrage de référence spécialement exploitable en tant que corpus didactique par tout·e chercheur·euse traitant de l'histoire de l'alcool en Suisse, thématique encore relativement délaissée malgré son potentiel de clé d'analyse d'histoire sociale, culturelle et politique.

Audrey Bonvin (Fribourg)

Sabine Dettling, Bernhard Tschofen
Spuren
Skikultur am Arlberg

Bertolini Verlag, Bregenz 2014, 364 S., zahlreiche Abb., Fr. 45.-

Der Arlberg, der Pass also, der Vorarlberg und Tirol trennt und verbindet, ist eines der historischen Skigebiete der Alpen. Vor allem St. Anton auf der Tiroler Seite ist einer der wichtigen Schauplätze in der Entwicklung der populärsten und folgereichsten aller Wintersportarten. Hier entwickelte der Bauernsohn Hannes Schneider um 1910 die sogenannte Arlbergtechnik, die er danach

in einer vorbildhaften Skischule vermittelte. Und hier gründete ebenfalls Schneider zusammen mit dem Engländer Arnold Lunn 1928 die Arlberg-Kandahar-Rennen, den ältesten Klassiker des alpinen Skirennsports. Daneben spielte auch «die Entwicklung einer spezifischen Form von Gastlichkeit eine zentrale Rolle. Das macht den Arlberg über das Exemplarische hinaus prototypisch für die österreichische Tourismusgeschichte» (23), wie es in der Einleitung zu «Spuren» heisst.

Das gut 350 Seiten dicke, grossformatige Buch schildert mit sehr vielen spektakulären Bildern und einer enormen Fülle von Zitaten die Verbreitung des Skifahrens in der Arlbergregion von den Anfängen um 1885 bis in den Nachkriegsboom um 1960. Es ist das Resultat eines mehrjährigen Forschungs-, Dokumentations- und Vermittlungsprojekts, das unter der Leitung der Sport- und Tourismuswissenschaftlerin Sabine Dettling stand. Der 2011 vorgelegte 1100 Seiten umfassende Projektbericht bildete die Grundlage dieses Buchs, eine «populärwissenschaftliche Gesamtdarstellung» (24). Verfasst hat sie Dettling zusammen mit Bernhard Tschofen, Professor für kulturwissenschaftliche Raumforschung an der Universität Zürich, der aus Bregenz stammt.

«Der früher eher lebensbedrohliche Schnee wurde zum ‹weissen Gold› [...].»: Dieser Satz aus der Einleitung des Buchs (14) bringt die Entwicklung, welche die Verbreitung des Skifahrens für die winterlichen Berge bedeutete, auf den Punkt. Aber dem Autorenpaar geht es natürlich um mehr als die wirtschaftliche Entwicklung der Arlbergregion durch den Wintertourismus. Es schreibt: «Das Phänomen Ski lässt sich, knapp gefasst, nicht auf das Befahren winterlicher Berge beschränken, es umschliesst Dinge und Körper, Wissen und Praxis, Denk- und Redeweisen.» (17) Und so dreht sich das Buch um Technisches wie die Taillierung von Holzskis, die Konstruktion von Bindungen und Fellen, um Lawinenforschung, Bahn- und Liftbauten, aber auch um Nacktkörperkultur und die Instrumentalisierung des Skifahrens für die Nazi-Herrschaft nach dem «Anschluss» Österreichs 1938 an Hitlers Reich.

Am Anfang steht das grosse Abenteuer des Polarforschers Fritjof Nansen, der 1888 auf Ski Grönland durchquerte und dieses Erlebnis in Buchform publiziert. Unter dem Titel «Auf Schneeschuhen durch Grönland» erscheint dieses 1891 auf Deutsch und «steckt unzählige Leser mit seiner Begeisterung an». (31)

Hannes Schneider ist zu dieser Zeit noch ein Baby. Aber schon sehr bald ist der Bauernsohn aus St. Anton eine der treibenden Kräfte des Skifahrens am Arlberg. Noch als Teenager entwickelt der 1890 geborene Schneider «nach dem Prinzip von Versuch und Irrtum» (97) den Stemmchristiania. Was als «Arlbergtechnik» bekannt wird, ist eine Synthese der konkurrierenden Skitechniken der Norweger (die mit dem Christiania drehen) und jener des niederösterreichischen Skipioniers Mathias Zdarsky, der den Stemmbogen erfand.

Skikurse sind am Arlberg schon vor 1914 gang und gäbe. Für die Verbreitung des Skifahrens spielt dann der Erste Weltkrieg eine wichtige Rolle, indem er als «Multiplikator im Prozess der Popularisierung von Skilauf und Schnee» (119) wirkt. Die k. k. Monarchie Österreich-Ungarn stellt Gebirgsverbände auf Ski auf, ebenso das verbündete Deutsche Reich, das Schneeschuhbataillone zum Üben nach Vorarlberg schickt.

Nach dem Krieg ist das Skifahren mehr von Musse geprägt. Im Laufe der 1920er-Jahre wird das Sonnenbad zum Trend, Sonnenbräune chic. Der Liegestuhl gilt als «Sportgerät». (146) Und das Skifahren wird als ideale Voraussetzung zum Bräunen entdeckt – sei es mit freiem Oberkörper, nur in der Unterhose oder auch ganz nackt, wie Bilder belegen.

Auf die freien 1920er-Jahre folgt in den 1930ern auch auf den weissen Pisten eine Verdüsterung der Grosswetterlage. Schon in den Jahren des Austro-Faschismus (ab 1934) ist die Judenfeindlichkeit Teil der Politik. Rudolf Gomperz, Spross einer jüdischen Handels- und Intellektuellenfamilie aus Wien, der seit Beginn des 20. Jahrhunderts in St. Anton lebt und sich als nimmermüder Funktionär für das Skifahren und für den Tourismus einsetzt, wird wegen seiner jüdischen Herkunft aus seinen Funktionen beim Skiklub gedrängt (und 1943, unter den Nazis, im KZ Maly Trostenets in Weissrussland ermordet). Hannes Schneider, christlich-sozial eingestellt und ein erklärter Nazi-Gegner, landet noch am 12. März 1938, am Tag des Anschlusses, im Gefängnis (und kann später in die USA emigrieren). Worauf sein Kompagnon Arnold Lunn das fürs folgende Wochenende geplante AK-Rennen absagt.

Das Buch zeigt, wie das Skivergnügen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs am Arlberg zunächst munter weiter geht. Dann aber wird das Skifahren Teil der Kriegspropaganda. «Die deutschen Skiläufer und Skiläuferinnen haben heute nur einen Ehrgeiz: durch Aufgabe ihrer Skier der Front zu helfen!», schreibt der Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten. (251) Skis werden für den Fronteinsatz requiriert und der Arlberg wird zum Ziel von Offizieren im Urlaub. Mit zunehmender Dauer des Krieges «führt der Schilauf ausserhalb des militärischen Einsatzes nur noch ein ausgesprochenes Schattendasein». (264)

Nach dem Krieg folgt in den Fünfzigerjahren der grosse Boom – Bahnen, Lifte und Hotels werden gebaut. Nicht alle am Arlberg sind damit einverstanden. Alte Skifreunde kritisieren, Pisten seien die «Asphaltstrassen des Schneeschuhs» und kämen der «Unselbstständigkeit» und der «körperlichen Bequemlichkeit» entgegen (288 f.).

Bei aller Opulenz und beeindruckendem Quellenreichtum weist das Buch einige Schwächen auf. So sind manche der vielen tollen Bilder nicht angeschrieben. Zu sehen ist etwa der älter gewordene Hannes Schneider beim Steak grillieren. Man kann annehmen, dass das Bild in den USA geschossen wurde, wo Schneider auch nach dem Krieg lebte. Im Buch erfährt man indes nur, dass er einmal seine alte Heimat besuchte. Ob dies kurzfristig oder für immer war, wird im Buch nicht klar.

Da und dort wünscht man sich auch mehr Bezüge zu anderen wichtigen Orten der Skigeschichte. Über die Auswirkungen der Arlbergtechnik und den systematischen Auf- und Ausbau des Skischulwesens in den 1920er-Jahren liesse sich einiges anfügen – wie dadurch die Schweiz, die punkto Wintertourismus Österreich lange voraus war, erstmals ins Hintertreffen geriet.

Michael Lütscher (Zürich)

Marietta Meier
Spannungsherde
Psychochirurgie nach dem Zweiten Weltkrieg

Wallstein, Göttingen 2015, 391 S., 22 Abb., EUR 42,–

Der Begriff «Lobotomie» bezeichnet heute ein hirnchirurgisches Verfahren, das Mitte der 1930er-Jahre von einem portugiesischen Neurologen entwickelt und mit einem 1942 publizierten Buch zweier amerikanischer Psychiater auch in Europa bekannt wurde. Wie kaum ein anderes Verfahren steht die Lobotomie heute emblematisch für eine inhumane repressive Psychiatrie. Zu diesem Bild haben nicht zuletzt populäre psychiatriekritische Filme wie das amerikanische Comedy-Drama *One Flew over the Cuckoo's Nest* (1975) beigetragen.

Die Schweizer Historikerin Marietta Meier hat 2015 mit ihrer Studie «Span-

nungsherde» eine vielschichtige und differenzierte Geschichte dieser bis heute hoch umstrittenen psychochirurgischen Praxis vorgelegt. Der zeitliche Fokus der Habilitationsschrift (Universität Zürich) liegt auf den1940er- und 1950er-Jahren, der geographische Schwerpunkt, wenngleich die Autorin sich stellenweise um eine breitere Kontextualisierung bemüht, auf der Schweiz, hier vor allem auf der Traditionsanstalt «Burghölzli» (Zürich).

In methodologischer Hinsicht orientiert sich die Autorin an Foucaults Konzept der «Problematisierung». Sie versteht «Psychochirurgie als spezifische und einzigartige Antwort auf bestimmte Umstände – und die Geschichte dieser Antwort als Analyse einer Problematisierung, durch die bestimmte Prozesse, Erscheinungen und Verhaltensweisen in einem spezifischen historischen Kontext zum Problem wurden» (18). Das Buch ist chronologisch organisiert, wobei die einzelnen Kapitel zusätzlich thematische Schwerpunkte setzen.

Kapitel 1 widmet sich der Einführung des neuen Verfahrens in der Schweiz. Meier positioniert es im Kontext anderer therapeutischer Routineverfahren an psychiatrischen Kliniken und Anstalten, die in der Zwischenkriegszeit in Anwendung gebracht wurden. Das zweite Kapitel stellt die aus wissenschafts- und medizinhistorischer Hinsicht brisante Frage, wie sich das Verfahren, das Mitte der 1930er-Jahre, noch vor dem Zweiten Weltkrieg, verworfen wurde, dennoch durchsetzen konnte. (59) Die Autorin stellt die These auf, dass erst eine theoretische Fundierung eine überzeugende Begründung lieferte. Eine besondere Rolle spielte dabei das Konzept einer Regulierungsinstanz, die an der Verbindungsstelle von Thalamus und Frontallappen lokalisiert wurde und – nach Ansicht der amerikanischen Psychiater und Hirnforscher Freeman und Watts – für die Regulierung der Gefühlsintensität zuständig war. Die Durchtrennung dieser Verbindung, so das Argument der Ärzte, führe zu einer Unterbrechung der affektiven Spannung – in Meiers Worten zu einer Entfernung des «affektiven Stachels». Aus anstaltsadministrativer Sicht ging es den Verantwortlichen, wie die Autorin ausführt, um Affektregulierung. Das Ziel war eine Wiederherstellung des «emotionalen Gleichgewichts» bei schwerkranken Patienten und Patientinnen, wobei es sich bei den in Frage stehenden Fällen meist um chronifizierte Schizophrenien handelte.

Gegenstand des dritten Kapitels ist die Verbreitung dieser Praxis in Europa, wobei auch hier der Schweiz besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Meier weist vor allem auf die Probleme der Anstaltspsychiatrie wie die übergrosse Nachfrage an Betten hin, auf die grosse «finanzielle Belastung» sowie auf ein Grundproblem, dass nämlich chronifizierte, unheilbare psychische Krankheiten sich nicht auf die Lebenserwartung auswirkten und die Patienten bis zu ihrem Ableben auf Staats- oder Kommunalkosten finanziert werden mussten. Sie unterstreicht damit die Bedeutung administrativer Rationalitäten für die Entwicklung wissenschaftlichen Wissens.

Besonders aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch das 5. Kapitel. Es arbeitet anhand eines Quellenkorpus von rund 300 Krankenakten heraus, welche Indikationsstellung den Ausschlag für einen operativen Eingriff gab. Im 6. Kapitel zeigt Meier, wie die Psychiater den Angehörigen den Eingriff zu plausibilisieren suchten. Instruktiv sind in diesem Zusammenhang die Begründungen, die Meier in ihrer Analyse der Briefe an die Angehörigen herausarbeitet. So zeigt sich, dass neurochirurgischen Eingriffen durch Vergleiche mit Magen- und Darmoperationen gezielt die Sonderstellung genommen wurde. Auch kann sie zeigen, dass den Angehörigen Informationen vorenthalten

wurden, zum Beispiel die Wirkmechanismen, die zu dieser Zeit keineswegs zur Genüge erforscht waren. Auch zu erwartende Persönlichkeitsveränderungen waren nicht Gegenstand der Erörterungen. Besonders überrascht den Leser der Befund, dass Zeitungen und Zeitschriften die Leukotomie als Errungenschaft der modernen Medizin feierten, die Lobotomie also durch die massenmediale Aufbereitung tendenziell gestützt wurde.

Kapitel 7, «Gendering in der psychiatrischen Anstalt», hat die Beobachtung zum Ausgangspunkt, dass in der Frühphase der Psychochirurgie deutlich mehr Frauen ‹leukotomiert› wurden als Männer. Meier stellt die Frage nach dem Grund für dieses Ungleichgewicht. Unter anderem kann sie mittels einer Analyse der Zürcher Patientenakten zeigen, dass aggressives Verhalten bei Männern als «Ausdruck von Männlichkeit» gedeutet wurde, während dasselbe Verhalten bei Frauen als «Verletzung weiblicher Rollenerwartungen» umso mehr ins Gewicht fiel. Die Autorin spricht von einem «Doppelstandard seelischer Gesundheit».

Kapitel 8 hat die Wissensproduktion an der Klinik zum Thema. Meier betont, dass Persönlichkeitsveränderungen, die sich im Anschluss an die Operation einstellten, zu einem Gegenstand wissenschaftlichen Interesses geworden sind. Wer sich näher mit der Geschichte der Human- und Lebenswissenschaften befasst hat, wird sich an dieser Stelle fragen, wie sich therapeutische und experimentelle Praxis zueinander verhalten. Tatsächlich handelt es sich, aus Sicht einer biologischen Psychiatrie, um ein geradezu ideales «Experiment der Natur», um einen beliebten Topos des 19. Jahrhunderts aufzugreifen. Ein Eingriff an einer klar umschriebenen Stelle des Gehirns produziert Persönlichkeitsstörungen. Zudem konnten klinische Beobachtungen zeigen, dass der Eingriff Intelligenz und Gedächtnis (die höheren geistigen Funktionen) weitgehend intakt liess, die Emotionalität des Betroffenen allerdings beeinträchtigte. An dieser Stelle hätte man sich eine eingehende Rekonstruktion und Analyse der experimentellen Forschungspraktiken erwartet. Ebenso unterbelichtet bleibt die Frage nach dem Verhältnis von Kriminalität, Leukotomie und forensischer Psychiatrie. So wäre es interessant gewesen zu erfahren, ob die Psychiatrie das Verfahren bei Straftätern in Anwendung brachte, ob Experimente an Straftätern durchgeführt wurden oder diese als ‹Studienobjekte› benutzt wurden.

Die Wissenschaftsgeschichte eines therapeutischen Verfahrens zu erzählen ist kein einfaches Unterfangen. Wer sich mit psychiatrischen Quellen beschäftigt hat, weiss um deren Sperrigkeit. Geht man durch die Fussnoten, zeigt sich zudem der enorme Forschungsaufwand, der hinter dieser Arbeit stand.

Marietta Meier hat eine differenzierte und hoch ambitionierte Studie vorgelegt. Ihr gelingt es hervorragend, die Ambivalenzen zur Geltung zu bringen. So vermeidet sie es auf subtile Weise, die Lobotomie auf ein Instrument der sozialen Kontrolle zu reduzieren. Die Autorin geht hier rhetorisch durchaus geschickt vor. Sie suspendiert das Moment der sozialen Kontrolle zwar nicht, schafft es durch ihre differenzierte und vielschichtige Darstellung aber, dass der Verdacht, Ehrenrettung einer grundsätzlich inhumanen (und überwundenen) Psychiatrie betreiben zu wollen, erst gar nicht aufkommen kann. Deutlich wird vielmehr, dass sich die Psychiatrie der Nachkriegszeit in einem Spannungsfeld zwischen staatlichem Heilauftrag, Sozialdisziplinierung und Forderung nach Wissenschaftlichkeit bewegte.

Insofern darf man Meiers Buch auch als ein Plädoyer für eine Psychiatriegeschichtsschreibung verstehen, die sich der Komplexität des Materials und den Am-

bivalenzen ausliefert und davon Abstand nimmt, die Psychiatrie auf ihre Rolle als Disziplinierungsinstrument zu reduzieren.

Johannes Kassar (Berlin)

Brigitte Ruckstuhl, Elisabeth Ryter
Von der Seuchenpolizei zu Public Health
Öffentliche Gesundheit in der Schweiz seit 1750

Chronos, Zürich 2017, 343 S., 176 Abb., Fr. 42.–

Seit die Medizingeschichte in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vermehrt begann, sich gegenüber der Sozial- und später der Kulturgeschichte zu öffnen, erweiterte sie auch ihr Themenspektrum. Nicht mehr nur die auf individuelle Behandlung ausgerichtete kurative Medizin stand im Fokus, sondern zunehmend auch jenes auf ganze Bevölkerungen bezogene Handlungsfeld, das sich mit dem Begriff der öffentlichen Gesundheit umschreiben lässt. Auch für die Schweiz sind dazu insbesondere seit den 1990er-Jahren eine Reihe von historischen Studien entstanden. Dennoch kann der Forschungsstand zur Geschichte der öffentlichen Gesundheit in der Schweiz als disparat bezeichnet werden, da die bis jetzt vorliegenden Arbeiten kaum je längere Entwicklungslinien in den Blick nehmen und auch selten Verbindungen zwischen den erforschten Gebieten ziehen. Es ist deshalb ausserordentlich erfreulich, dass mit dem hier zu besprechenden Buch nun zum ersten Mal eine umfassende Darstellung vorliegt, die einen breiten Bogen von den Seuchenmassnahmen des 18. Jahrhunderts bis zum jüngsten Boom des gesundheitlichen Self-tracking im Zeitalter von Big Data spannt.

Ein erstes Kapitel beschreibt, wie Gesundheit im Zeitalter der Aufklärung zu einem Leitwert des Bürgertums aufstieg. Gesundheit galt jedoch als individuelle Aufgabe, während staatliche Massnahmen sich auf die Seuchenbekämpfung beschränkten. Als einen «Markstein in der Entwicklung der öffentlichen Gesundheit» (42) bezeichnen die Autorinnen die Pockenimpfung. Wissen über die Schutzimpfung gelangte bereits Anfang des 18. Jahrhunderts aus China nach Europa. Das auf erhebliche Widerstände stossende Verfahren begann sich aber erst rund hundert Jahre später durchzusetzen. Seit 1818 wurde in einer Reihe von Kantonen ein Impfobligatorium eingeführt, womit erstmals grosse Teile der Bevölkerung «mit einer staatlich angeordneten, präventiven Intervention» (41) konfrontiert wurden. Zum eigentlichen Aufschwung der öffentlichen Gesundheit kam es jedoch erst in der zweiten Jahrhunderthälfte. Mit Kapitel zwei bis vier widmen die Autorinnen gleich drei Kapitel dieser wichtigen Phase, die durch eine «Hygienerevolution» geprägt war. Die Autorinnen beschreiben die von Hygienikern geforderte Modernisierung der Wasser- und Abwassersysteme, die erfolgreiche Popularisierung und Institutionalisierung der Hygiene sowie die parallel dazu verlaufende Professionalisierung der Medizinalberufe. Das Hauptgewicht legen die Autorinnen auf die politischen Entwicklungen: So zeigen sie überzeugend, wie die Bestrebungen der Hygieniker einen Aufstieg der öffentlichen Gesundheit zu «einem eigenständigen Verwaltungs- und Politikbereich» (107) bewirkten, für welchen auch nach der Bundesstaatsgründung hauptsächlich die Kantone zuständig blieben. Erst nach der Verfassungsrevision von 1874 erweiterten sich die Kompetenzen des Bundes. Mit verschiedenen Vorlagen wie dem Fabrikgesetz (1877), dem Epidemiengesetz (1886) und dem Unfall- und Krankenversicherungsgesetz (1911) griff der Bund zum ersten Mal gesetzgeberisch in den Bereich der öffentlichen Gesundheit ein. Diese Ausweitung der Bundeskompetenzen und die als «staatssozialistisch»

bezeichneten Interventionen stiessen jedoch auf Widerstand, der dazu führte, dass Vorlagen oft erst im zweiten Anlauf und nur in abgeschwächter Form eine Volksmehrheit fanden. Das zunächst vorgesehene Krankenkassenobligatorium wurde etwa im Gesetzesentwurf von 1911 gestrichen und erst 1994 nach Annahme des revidierten Krankenversicherungsgesetzes auf Bundesebene eingeführt.

Das fünfte Kapitel behandelt den Ausbau der öffentlichen Gesundheit im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Dabei fokussieren die Autorinnen drei zentrale Themen, die zu breit geführten Debatten und sozialhygienischen Interventionen führten: die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten und die Säuglingsfürsorge. Die Beispiele zeigen, wie die zunehmenden Präventionsbestrebungen zu einer engen Verbindung von Medizin und Fürsorge führten, wobei private Akteure und staatliche Behörden oft zusammenarbeiteten. Hier wird besonders deutlich, dass sich Massnahmen der öffentlichen Gesundheit nicht selten mit Elementen der Sozialdisziplinierung und der Durchsetzung von bürgerlichen Moralvorstellungen verbanden.

Während das Buch in den ersten fünf Kapiteln im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Forschungsliteratur und nur ergänzend auf weiteren Quellen basiert, betreten die Autorinnen in den drei letzten Kapiteln Neuland. Mit einem guten Blick für das Wesentliche gelingt es ihnen, zentrale Entwicklungen für die noch weitgehend unerforschte Geschichte der öffentlichen Gesundheit nach 1945 herauszuarbeiten. Im sechsten Kapitel stehen die drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg im Zentrum, die in medizinhistorischer Hinsicht durch die therapeutische Revolution und den Ausbau der Spitalinfrastrukturen geprägt waren. Die neuen therapeutischen Möglichkeiten und die verbesserte Gesundheitsversorgung nährten einen Optimismus, der sich erst Anfang der 1970er-Jahre dem Ende zuneigte, als die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen zunehmend problematisiert wurden und Themen des Umweltschutzes eine gesamtgesellschaftliche Virulenz entfalteten. Das siebte Kapitel beschreibt grundlegende Transformationen seit Mitte der 1960er-Jahre, die das Handlungsfeld der öffentlichen Gesundheit veränderten. So bestärkte die Etablierung des in den USA entwickelten Risikofaktorenmodells die Annahme, «dass Gesundheit über individuelles Verhalten kontrollierbar» sei (215), womit der soziale Kontext in den Hintergrund trat. Demgegenüber zielte der in den 1980er-Jahren entwickelte Ansatz der New Public Health auf die Beteiligung betroffener Gruppen und auf eine umfassende Gesundheitsförderung ab, die sich nicht auf Risikokalkulationen reduzieren lässt. Die Autorinnen arbeiten heraus, wie dieser Ansatz die Drogen- und AIDS-Prävention in der Schweiz mitprägte, kommen aber zum Schluss, dass New Public Health seit der Jahrtausendwende gegenüber einem biomedizinischen Krankheitsverständnis wieder an Bedeutung verloren habe. Die Autorinnen verzichten am Ende darauf, die im Buch gesponnenen Fäden zusammenzuführen. Stattdessen wird in einem gehaltvollen Ausblick der Frage nachgegangen, wie die neuen Möglichkeiten der datengestützten Selbstbeobachtung und die neuen Technologien der Humangenomik unser Verständnis von öffentlicher Gesundheit verändern werden.

Bei einem so weitgespannten Gebiet wie der öffentlichen Gesundheit stellt sich natürlich die Frage, welche Schwerpunkte das Buch setzt. Verpflichtet fühlen sich die Autorinnen dem bereits etwas älteren Ansatz einer «Sozialgeschichte der Medizin». (12) Im Fokus stehen dementsprechend Prozesse der Professionalisierung, Auseinandersetzungen sozialer Akteure sowie die rechtlichen, politischen

und organisatorischen Entwicklungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Wissensgeschichtliche Voraussetzungen und Veränderungen sind demgegenüber weniger gut ausgeleuchtet. So kommen etwa die grundlegenden Transformationen des Ernährungswissens, die gesundheitliche Präventionskonzepte wesentlich mitprägten, kaum zur Sprache, wiewohl hier Schweizer Akteure einen erheblichen internationalen Einfluss ausübten (so etwa bei der Einführung der Jodsalzprophylaxe oder bei Bestrebungen der Ernährungsreform). Auffallend ist zudem, dass die Eugenik, die zweifellos zu den besonders wirkmächtigen Gesundheitsströmungen im 20. Jahrhundert gehörte, nur in wenigen Randbemerkungen vorkommt, wiewohl dazu eine breite Forschungsliteratur vorliegt. Bei einem Buch, das auf weniger als 300 Seiten fast drei Jahrhunderte behandelt, sind indessen Fokussierungen und Auslassungen notwendig. Gerade die Darstellung eines langen Zeitraums ermöglicht es zudem, Kontinuitäten und langfristige Entwicklungslinien sichtbar zu machen, von denen hier nur drei angedeutet werden sollen. Erstens zeigen die Ausführungen, wie staatliche Institutionen eine zunehmend bedeutende Rolle im Bereich der öffentlichen Gesundheit spielten, dabei aber oft sehr eng mit privaten Akteuren zusammenarbeiteten. Die Studie erhellt zweitens, wie sehr Massnahmen und Gesetze zur öffentlichen Gesundheit politisch umkämpft waren, wobei sich in den Auseinandersetzungen oft grundsätzlich verschiedene Staats- und Gesellschaftsverständnisse gegenüberstanden. Drittens lässt die differenzierte Darstellung erkennen, wie die akademische Medizin zwar in den letzten zwei Jahrhunderten an Deutungsmacht gewann, bei der Organisation und Durchführung von Gesundheitsmassnahmen aber stets (und ab den 1970er-Jahren zunehmend) auch andere Expertengruppen und soziale Akteure involviert waren, so dass nur schwer von einem einseitigen Medikalisierungprozess gesprochen werden kann.

Das Buch richtet sich gemäss Autorinnen in erster Linie an Gesundheits-Fachpersonen, Politikerinnen und interessierte Laien. Es sei aber auch Historikerinnen und Historikern wärmstens empfohlen: Das angenehm nüchtern geschriebene Buch ist sehr geeignet für die Lehre und insbesondere die Ausführungen zur jüngsten Vergangenheit geben wichtige Anregungen für die künftige Forschung. Mit der Monographie liegt eine klug komponierte Überblicksdarstellung vor, die sowohl für die Medizingeschichte als auch für die Schweizer Geschichte eine Bereicherung bildet.

Pascal Germann (Bern/Baltimore)

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

72

Postkoloniale Verstrickungen der globalen Schweiz

Neue Geschichtsschreibung; Schweizer Wirtschaft und globaler Süden; Privatisierung von Wasser; Othering; Basler Fasnacht; Botanischer Nationalismus; Postkolonialer Feminismus; Revolution in Haiti; Racial Profiling; Imperiale Lebensweise; Doppelstandards im Völkerrecht

B. C. Schär, H. Fässler, B. Bosshart, J. dos Santos Pinto, P. Purtschert, T. Keppeler, S. Suter, A. Suter, U. Orlow, A. Clavadetscher, R. Locher, M. Oestreicher, H. Pinto de Magalhães, W. Kaleck, M. Wissen, U. Brand

Diskussion

A. Pelizzari: Mit dem Inländervorrang in die Defensive
E. Joris: Stimmrecht, Kochtopf, gleiche Löhne
U. Marti-Brander: Produktivkraft Freiheit

Marginalien/Rezensionen

37. Jg. / 2. Halbjahr 2018

192 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch